

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Breis pränumerando
Vierteljährl. 8.50 RM. monatl. 1.10 RM.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
jede ober deren Raum 60 Wg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Mittwoch, den 21. Juli 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Blutiges Ringen um die Görzer Stellungen.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 20. Juli 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zu Anshluß an eine Minensprengung bei Schloß
Hooge östlich von Ypern setzten die Engländer beiderseits
der Straße Hooge—Ypern zum Angriff an.

Bei Souchez wurden Handgranatengriffe abge-
schlagen.

Nach lebhafter Feuerstätigkeit ihrer Artillerie in der
Gegend von Albert versuchten die Franzosen abends
einen Vorstoß gegen unsere Stellungen bei Fricourt.
Sie wurden zurückgeschlagen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

In Kurland wurden die Russen bei Gr.
Schwarzen östlich Tukum, bei Gründorf und Usingen
zurückgedrängt. Auch östlich Kurzhaun weicht der Gegner
vor unserem Angriff.

Nördlich Nowograd (am Narew) bemächtigten
sich die deutschen Truppen feindlicher Stellungen nörd-
lich des Zusammenflusses der Flüsse Skroda und Pisa.
Neu eingetroffene Landsturmtruppen, die hier zum ersten
Male ins Feuer traten, zeichneten sich besonders aus.

Nördlich der Szka-Mündung erreichten wir
den Narew, die auf dem nordwestlichen Flußufer gelege-
nen ständigen Befestigungen von Ostrolenka wurden
besetzt.

Südlich der Weichsel sind unsere Truppen
bis zur Plonie-Projec-Stellung vorgeedrungen. Bei
Nachhutkämpfen verloren die Russen hier 560 Ge-
fangene und 2 Maschinengewehre.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die deutschen Landwehr- und Reservetruppen des
Generalobersten v. Bohrsch haben den überlegenen Feind
aus der Ilzanka-Stellung völlig geworfen.
Alle Gegenstände eiligt herangeführter russischer Reser-
ven wurden abgewiesen. Ueber 5000 Gefangene fielen
in deutsche Hand. Unsere Truppen sind dem geschlagenen
Feind auf den Fersen; Kavallerie erreichte bereits die
Bahn Radom—Zwangoz.

Zwischen oberer Weichsel und dem Bug
folgen wir dem zurückweichenden Feinde.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 20. Juli. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart:
20. Juli 1915, mittags:

Russischer Kriegsschauplatz.

Zwischen der Weichsel und dem Bug sind gestern die
verbündeten Armeen in der Verfolgung des weichenden Ge-
gners über das Schlachtfeld der letzten Tage hinausgerückt.
Bei den am Erfolg hervorragend beteiligten Truppen des Fel-
dmarshalleutnants Krz wuchs die Zahl der eingebrachten Ge-
fangenen auf fünfzig Offiziere und dreitausendfünfhundert
Mann. Auch bei Sokal brachten unsere Truppen über drei-
tausend Gefangene ein. Westlich der Weichsel haben unsere Ver-
bündeten in heldenmütigem Ringen den russischen Widerstand
an der Ilzanka gebrochen. Südlich und westlich von Radom
bestanden österreichisch-ungarische Regimenter heftige Kämpfe.
Siebenbürgische Infanterie stürmte den Ort Kozstrzyn. Ra-
dom wurde heute vormittag von unseren Truppen besetzt.
In Okragizien ist die Lage unverändert. An der Grenze
zwischen der Bukowina und Bessarabien wurde eine
russische Platoon-Brigade überfallen und zerstört.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Schlacht im Goerzischen dauert fort. Die italieni-
schen Angriffe, die sich nun mit großer Festigkeit auch gegen den
Goerzer Brückenkopf richteten, hatten am gestrigen Tage und
in der Nacht auf den heutigen wieder kein Ergebnis.
Nach starker, bis Mittag währender Beschichtung des Brückenkopfes
durch die feindliche Artillerie ging die italienische erste Infan-
teriedivision mit betrunknen Truppen zum Angriff gegen den
Abschnitt von Podgora vor. Der Feind drang stellenweise
in unsere Dedungen ein, wurde aber wieder hinausgeworfen.
Nach neuerlicher Artillerievorbereitung erfolgte um vier Uhr
nachmittags ein zweiter Angriff, der um acht Uhr abends gleich-
falls abgeschlagen war. Am den Rand des Plateaus von
Dobersdo wird erbittert weiter gekämpft. Gestern nach-
mittags schlug tapfere ungarische Landwehr einen starken Angriff
gegen die Stellungen bei Sdraus-Sina zurück; auch drei
weitere Massenangriffe der Italiener brachen hier zusammen.
Ebenso scheiterten alle gegen den südwestlichen Plateaurand von
Polazzo, Medjuglio, Vermegliano her geführten Vorstöße,
sowie ein Angriff auf den Monte Cosich (nördlich Ronfalcone).
Der in seine Dedungen zurückflutende Feind erlitt überall
schwere Verluste. Die Artilleriekämpfe am mittleren Jsongo,
im Krn-Gebiete und der Kräntner Grenze halten
an. Im Raume südlich des Krn wurden zwei heftige Angriffe
der Alpini abgeschlagen. In den bereits erwähnten heftigen
Gefechten in der Kreuzberggegend verloren die Italiener
über zweihundert Mann an Toten und etwa das Doppelte
an Verwundeten, demgegenüber betrug dort unser Gesamt-
verlust zweiundvierzig Mann. Die Stellung südlich Schl-
bercha wurde von unseren Truppen wieder zurückgewonnen.
Ein neuerlicher Angriff schwächerer italienischer Kräfte auf
den Golbi Lana mißlang wie alle früheren.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hofer, Feldmarshalleutnant.

Das Kohlenproblem in England.

Je länger der Krieg dauert, um so größer und größer
wird die Erschöpfung der kriegführenden Länder. Der Krieg
verbraucht unheimliche Mengen von Waren aller Art, hindert
aber zugleich die Produktion und muß naturgemäß eine
Preissteigerung hervorrufen. Die Unternehmer vermögen
daher nicht allein die gesteigerten Produktionskosten auf die
Abnehmer abzuwälzen, sondern auch noch dabei gute Geschäfte
zu machen. Die Unternehmer können auch nach dem Kriege
eine gute Konjunktur erwarten, da der dann auftretende Be-
darf zur Ausbesserung der Kriegsschäden ihnen gute Preise
verspricht. Die Gesamtwirtschaft wird aber infolge des Ka-
pitalmangels auch nach dem Kriege eine Zeitlang nicht den
Umfang erreichen können, den sie vor dem Kriege inne hatte.

Das tritt heute schon besonders im Bergbau deutlich her-
vor. Vielleicht auf keinem anderen Gebiete kommt die Wir-
kung des Krieges so deutlich zum Ausdruck wie hier. Kohle
ist die wichtigste Kraft der Gegenwart. Sie liefert das Licht,
die Wärme und bringt nicht allein die Eisenbahnen und
Schiffe, sondern auch die meisten Maschinen der Fabriken und
Werke in Bewegung. Aus der Kohle werden sehr viele
äußerst wichtige Nebenprodukte, wie Ammoniak und Teer
usw., gewonnen, die wiederum den Ausgangspunkt einer
großen chemischen, Farbenindustrie und sogar einer Industrie
der Arzneimittel bilden.

Der Krieg hat zwar den Bedarf der Industrie nach Kohle
eingeschränkt, den der Eisenbahnen, der Schiffe und vor allem
den Verbrauch der Nebenprodukte in hohem Maße gesteigert,
da die modernen Kriegssprengstoffe ebenfalls aus diesen
Nebenprodukten hergestellt werden.

England produzierte 1913 287 Millionen Tonnen Kohle.
Seine Kohlenindustrie beschäftigte 702 844 Arbeiter, von
denen im März dieses Jahres nur noch 530 141 tätig waren.
Die anderen sind in den Kriegsdienst getreten. Nicht allein
aber der Mangel an Arbeitern, sondern auch der Mangel an
Grubenholz, das sonst aus Rußland und Schweden kommt,
hindert die Kohलगewinnung, und man glaubt, daß die
Totalproduktion Englands an Kohle um etwa 53 Millionen
Tonnen geringer sein werde.

Infolgedessen hat die Regierung im Mai ein Ausfuhr-
verbot für Kohle erlassen, von dem nur die verbündeten
Staaten, Portugal und die Kolonien ausgenommen sind. Auf
die englische Kohle sind aber viele Staaten angewiesen, selbst
die südamerikanischen Republiken. Jährlich führt England
etwa 76 Millionen Tonnen Kohle aus, von denen ein Fünftel
nach Frankreich, etwas mehr als ein Achtel nach Italien, ein
Zwölftel nach Rußland, ein Achtel nach den nordischen Län-
dern usw. gehen. Die Schiffe ausländischer Fahrt verbrauchen
mehr als 20 Millionen Tonnen englischer Bunkerkohle, die
sich durch ihren hohen Heizwert für die Schiffahrt besonders
eignet. Der Rückgang der englischen Kohlenproduktion be-
deutet somit geradezu eine Katastrophe für die Handels-
schiffahrt.

Die Ausfuhr von Kohle aus England ist in den ersten
fünf Monaten um 10,5 Millionen Tonnen zurückgegangen.
Am stärksten haben darunter die südamerikanischen Staaten,
Rußland und zum Teil die Nordstaaten zu leiden gehabt; die
Ausfuhr nach Italien hat sich um 1,3 Millionen Tonnen ver-
mindert, die nach Frankreich ist dagegen um 1 Million
Tonnen gestiegen.

Zugleich sind die Kohlenpreise sehr stark in die Höhe ge-
gangen, einige Sorten gar um 100 Proz., im allgemeinen
um 50 Proz. Noch höher ist der Kokspreis hinaufgeschmett,
der schon im April um 60—75 Proz. höher als im Vor-
jahre war.

Der englische Arbeitsminister M. Runciman hat nun im
Unterhause einen Gesetzesvorschlag eingebracht, der dem
Board of Trade die Ermächtigung erteilt, Höchstpreise für
Kohle festzusetzen. Sehr lange hat man sich in England
gegen diesen Eingriff in das „freie Spiel der Kräfte“ ge-
wehrt. Man hat zwar die Weizenausfuhr aus Indien und
den Zuderhandel monopolisiert, die Preisfestsetzung aber
dem „freien Spiel der Kräfte“ überlassen. Die Folge war,
daß England zeitweilig sehr hohe Getreidepreise, selbst höhere
Weizenpreise als in Deutschland hatte. Momentan sind die
Weizenpreise in Amerika stark gewichen; in England hat sich
aber diese rückwärtige Bewegung noch nicht bemerkbar ge-
macht, so daß England noch immer sehr hohe Getreidepreise
hat. Es scheint also, daß man auch auf diesem Gebiete nicht
ohne Höchstpreise werde auskommen können. Den ersten
Schritt macht nun England durch die Festsetzung von Höchst-
preisen für Kohle.

Der Krieg hat in verschiedenen Ländern mehr oder
weniger die Unhaltbarkeit der heutigen Wirtschaftsordnung
deutlich bewiesen. In England, in diesem Lande des wirt-

Die französisch-italienischen Verabredungen.

Turin, 20. Juli. (W. Z. B.) Die „Stampa“ spricht von
den Ergebnissen des Berichts, den General Porro dem König,
Salandra und Caborna erstattet hat, und fügt über die
Verabredungen Porros mit der französi-
schen Regierung hinzu: Das getroffene Ueberein-
kommen steht jetzt vor der Umsehung in die Tat.
Deshalb hat Barzilai außer von Oesterreich auch von
anderen Feinden Italiens gesprochen. Deshalb hat der neue
Minister, als er das Bild des Krieges erweiterte, heute den
Konflikt über die Grenzfrage hinausgehoben und unseren Krieg
auf sehr viel weitere Grenzen ausgedehnt. Sicher ist, daß die
Ungewißheit bald verschwinden und unser Krieg sich
ausdehnen wird. Auf diese Weise ist die Bildung eines
Nierverbandes zustande gekommen. Die Entente wird jetzt
fester begründet erscheinen, und die militärischen Kräfte der
vier Mächte werden harmonischer zusammenwirken. Sie
werden die Zentralmächte und die Türkei in einen fürcht-
baren Kreis von Eisen einschließen und damit die Kriegsdauer
abkürzen.

Henderson über die Kriegsdauer.

London, 20. Juli. (W. Z. B.) Minister Henderson
sagte auf einer Konferenz, daß der Krieg wahrschein-
lich noch ein weiteres Jahr dauern werde.



Die Narew-Niemen Front.

schaftlichen Liberalismus, mußte die Regierung weitgehende Maßnahmen auf dem Geldmarkte treffen, und die Börse und den Geldmarkt unter ihre Kontrolle stellen; dann sind die Profite der Waffenfabrikanten gesetzlich beschränkt worden. Jetzt sollen auch die Kohlenpreise gesetzlich festgelegt werden.

Die Kernseite dieses angeblichen „Kriegssozialismus“ wird durch die neueste Arbeitsverordnung dargestellt, die den Arbeitern das Streikrecht, wie überhaupt die Bewegungsfreiheit nimmt und sie der Militärdiktatur unterstellt. Den Unternehmern wird durch den Staat zwar eine beschränkte, aber immer noch eine hohe Rente gesichert, während den Arbeitern ihre mit vielen Opfern eroberte Stellung mit einem Schläge genommen werden soll.

Momentan ist ein großer Streik in Wales ausgebrochen. 150 000 bis 200 000 Bergarbeiter haben die Arbeit niedergelegt und fordern eine Lohnerhöhung von 20 Proz. Die Regierung droht mit gerichtlicher Verfolgung der verantwortlichen Leiter und mit Verhinderung der Verteilung von Unterstützungsgeldern. Der „Kriegssozialismus“ scheint auch in England dem Militär- und Gefängnisstaate sehr ähnlich zu werden. . . .

Amsterdam, 20. Juli 1915. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die „Daily News“ rät dringend zu einem provisorischen Ausgleich: Die Bergleute sollen die Arbeit unter den geforderten Bedingungen aufnehmen und ein Schiedsgericht annehmen. Wenn den Unternehmern aus dem Schiedsgerichtsurteil Schaden erwächst, soll die Regierung sie schadlos halten. Die „Daily News“ meint ferner, daß die für das Urteil verfügbare Frist von drei Wochen eine Ausgleichsbasis liefern könne. Zeitgewinn sei augenblicklich das Wichtigste. Der Streik bedroht auch den Betrieb der Walliser Stahlwerke. Tausende von Kohlenwaggons liegen in den Docks und Bahnhöfen.

Wenn der Streik nicht baldigst beendet wird, werden die Kohlenbahnen, welche die Bergwerksbezirke mit den Häfen des Bristolkanals verbinden, den Betrieb einschränken und dadurch tausende Doker und Zimmerer arbeitslos werden.

Pariser, ein Mitglied des Walliser Aktionsausschusses, erklärt in einer Versammlung: Die Behauptung der Unternehmer, daß sie bei Bewilligung der Forderungen den Tonnenpreis um 13 Pence erhöhen müßten, sei haltlos. Die Arbeiter fordern nicht, wie die Unternehmer angeben, 27½ Proz., sondern 22½ Proz., was den Tonnenpreis kaum um 4½ Pence erhöht. Die Unternehmer erhöhen ihre Kriegsprofite aber nicht nur Pence, sondern gleich Schillingweise. Die Bergleute lehnen eine Unterwerfung unter das Geschloß ab.

Die Südwaller Gruben liefern täglich 180 000 Tonnen.

Das Unterhausmitglied Thomas (Arbeitspartei) sagte in einer Versammlung, der Staat dürfe nicht, wenn er nicht danken wolle, einem Teil des Volkes erlauben, Nationalpolitik vorzuschreiben. 95 Prozent des Volkes billigten die Regierungspolitik. Die Eisenbahner hätten eine patriotische Vereinbarung mit den Gesellschaften angenommen.

London, 20. Juli. (B. L. B.) „Times“ meldet aus Cardiff: Die Aussichten in Südwales sind höchst ernst. Die Londoner Verhandlungen sind gescheitert. Das ist nicht alles. Wenn der Streik nicht vor Ende der Woche aufhört, sind ernste Unruhen in den Bergwerksdörfern zu erwarten. Eine Massenversammlung einer Miniergruppe des Rhonddabezirks erklärte sich für die Wiederaufnahme der Arbeit, andere Massenversammlungen verworfen jeden Gedanken an Nachgeben. Es scheint zweifellos, daß ein Teil der Leute in einigen Tagen zur Arbeit zurückkehren wird und der Rest in der ihm eigenen Weise versuchen wird, sie davon abzubringen. Der ausführende Ausschuss hat der Regierung ein neues Inerbeten gemacht: die Regierung solle die Forderungen der Arbeiter bewilligen, damit sie wieder an die Arbeit gehen können. Die Forderungen sollen dann mit Runciman's Vorschlägen einem Schiedsgericht unterbreitet werden. Der Ausschuss könne freilich nicht absolut versprechen, daß die Arbeiter das annehmen und sich später dem Schiedspruch fügen würden.

„Daily Telegraph“ meldet: Viele Werke in Swansea leiden bereits unter Kohlenmangel. Ernste Folgen werden für die Stahl- und Weichblechindustrie befürchtet. Es wurden Vorbereitungen getroffen, damit der Munitionsgeschäftshof am Mittwoch seine erste Sitzung in Cardiff abhalten könne.

„Daily News“ meldet aus Cardiff: Die Anzeige, daß keine Streikgelder gezahlt werden können, kam der extremen Partei peinlich überraschend. Streikgelder zu zahlen, ist unmöglich, weil die Fonds selbst für wenige Tage nicht ausreichen, weil ferner der Bergarbeiterverband den Streikbeschluss der Walliser nicht genehmigte und weil der Streik ungesetzlich ist.

„Daily Chronicle“ meldet aus Cardiff, daß eine der größten industriellen Unternehmungen infolge des Kohlenarbeiterstreiks genötigt wurde, die Koksöfen und Hochöfen auszublauen. In Swansea werden, wenn der Ausstand fortandert, viele tausend Arbeiter verschiedener Metallindustrien in den nächsten Tagen arbeitslos sein. In Neath schließen mehrere Werke. Am Mittwoch werden die Kohlenvorräte Englands um etwa eine Million Tonnen verringert sein.

Die „Times“ feuert die Regierung an, den Bergleuten von Südwales gegenüber mit aller Energie aufzutreten. Das Blatt schreibt: Die Augen aller Völker sind auf uns gerichtet, die unserer Verbündeten mit Besorgnis, die der Gegner mit Freude und Hoffnung. Die Regierung muß eine entschlossene Haltung einnehmen, denn nachgeben bedeutet Anarchie. Ueberall werden sonst neue Streiks entstehen; auf weitere Verhandlungen darf man sich nicht einlassen.

London, 20. Juli. (Z. N.) Der Einfluß des Kohlenarbeiterstreiks auf die Industrie zeigt sich bereits. Nach den Berechnungen der „Daily Mail“ werden ungefähr eine Million Tonnen Kohlen in der Woche gefördert, die nun fehlen. Infolgedessen sind mehrere Industrieunternehmungen bereits ins Stoden geraten. Es wird befürchtet, daß auch die Stahl- und Zinnplattenwerke, die 140 000 Mann beschäftigen, ernsthaft am Weiterarbeiten verhindert sind. Auch die Bahnen, die Erze und Kohlen nach den Häfen bringen, gehen zum Teil leer. Zum Teil wird auf ihnen mangels Kohlen der Betrieb eingeschränkt. Die Docks von Bristol werden, wenn der Streik nicht innerhalb weniger Tage

Eine Drohung Lloyd Georges.

London, 20. Juli. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Lloyd George sagte in einer Ansprache an den ausführenden Rat der Bergarbeiter, seine für den Ausgang des großen Krieges verantwortliche Regierung könne zugeben, daß der Kampf zwischen Kapital und Arbeit fortwährend die Aussicht auf den Sieg gefährdet.

Die Kämpfe bei Les Eparges.

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben: Der letzte Bericht über die Ereignisse auf den Maashöhen schloß mit dem Hinweis darauf, daß weitere Unternehmungen der Franzosen zur Wiedergewinnung der ihnen entzogenen wichtigen Stellungen bei Les Eparges zu erwarten seien. Schon der folgende Tag brachte die Bestätigung. Seither dauern die erbitterten Kämpfe dort fort. Die furchtbaren Wirkungen der beiderseitigen schweren Artillerie und der Wurf- und Erdminen hat das Kampfgebiet wie bei Combres jetzt auch bei Les Eparges und bei der Grande Tranchée de Colonne in ein Chaos von Steingeröll und Felsplatten, Baumstämmen und Gestrüpp, durchsetzt mit Anhaufen von zerfetzten Staheldrath, vernichtetem Gerät aller Art verwandelt. Dozwischen geprengte Trichter, die das Gelände schluchtartig zerreißen. Da ist die Aufgabe gleich schwer: für den Verteidiger, sich einzurichten in widerstandsfähigen Gräben, für den Angreifer, sich durch das Trümmerfeld hindurchzuarbeiten.

So einseitig die folgende Beschreibung der Kämpfe bei Les Eparges auch klingen möge, so anspannend und aufsehend sind die Ereignisse für den, der sie zu erleben hat. Die Kämpfe legen ein hereditäres Wort ab von dem inneren Wert unserer Truppen, die tagelang in ihren Gräben das feindliche Feuer über sich ergehen lassen mußten und doch stets bereit blieben, in ihren verschütteten Stellungen dem Feind, wo er sich vorwagte, die Stirn zu bieten.

Nach starkem Artilleriefeuer gegen unsere Stellungen bei Les Eparges bis über die Tranchée hinaus erfolgten am 27. Juni mittags zwei Angriffe gleichzeitig, der eine gegen unsere neu gewonnene Stellung südwestlich von Les Eparges, der andere östlich der Tranchée. Beide wurden abgewiesen. Am Abend griff der Feind abermals, und zwar diesmal unsere Nordfront in ihrer ganzen Ausdehnung an. Auch dieser Angriff wurde zurückgeschlagen.

Während der Nacht zum 28. brachten die Franzosen zur Verstärkung ihrer Artillerie weitere Geschütze schweren Kalibers zur umfassenden Wirkung gegen unsere neuen Stellungen bei Les Eparges und gegen die bisherige Kampfstellung an der Tranchée in Stellung. Am 28., mit Beginn des Morgengrauens, eröffneten sie alsdann ein mörderisches Feuer gegen unsere gesamte vordere und rückwärtige Linie. Kurz nach 8 Uhr vormittags unternahmen sie aus der Sonbaug-Schlucht heraus einen Angriff gegen unsere Höhenstellung bei Les Eparges, den wir ohne allzu große Mühe zurückweisen konnten. Den gleichen Mißerfolg hatten die weitere, im Laufe des Tages gegen die gleiche Einbruchsstelle angelegte Angriffe. Der Tag hatte dem Feind zwar wiederum sehr schwere Verluste, aber nicht den geringsten Erfolg gebracht. An der Tranchée fanden Angriffsunternimmungen an diesem Tage von seiner Seite statt.

In der Nacht zum 29. erfolgte ein außerordentlich starker Feuerüberfall auf unsere Stellungen von Combres bis über die Tranchée hinaus. Ein französischer Angriff schien geplant. Unser Feuer verhinderte aber seine Ausführung. Nur östlich der Tranchée siechen die Franzosen noch in der Nacht in schmaler Front vor. Der Angriff brach in unserem Feuer zusammen. Den ganzen Tag lagen dann unsere Stellungen unter heftigem Feuer. Um 12 Uhr mittags griff der Feind erneut bei Les Eparges an. Er verwendete hierzu diesmal besonders starke, anscheinend von anderen Stellen fortgezogene Kräfte. Aber auch mit ihrer Hilfe gelang ihm ein Einbruch in unsere Stellungen nicht. Dieser, wie drei weitere im Laufe des Nachmittags unternommene Vorstöße wurden wiederum mit schweren Verlusten für die Franzosen abgewiesen. Während des Restes des Tages und die ganze Nacht hindurch belegte der Feind unsere gesamten Stellungen mit äußerst heftigem Feuer. Auch sämtliche in die Côtes Lorraines hineinziehenden Straßen sowie die schon längst nicht mehr von uns bewohnten Dörfer auf diesen Höhen und an ihrem Fuß am Rande der Woivre-Ebene wurden wieder ausgiebig mit Feuer bedacht.

Auch am 30. Juni wurde bei Fortsetzung der starken Beschichtung ein Angriffsversuch nochmals wiederholt. Dann schien der Feind das Ausichtslose seiner immerwährenden Angriffe eingesehen zu haben. Vielleicht waren auch seine außerordentlich starken Verluste oder Munitionsmangel die Veranlassung dafür, daß er vom Abend des letzten Junitages an in seinen Bemühungen zur Wiedereroberung der verlorenen Höhe nachließ. Der 1. Juli verlief verhältnismäßig ruhig. Wer jedoch als ein Reuling in unseren Kampfverhältnissen an diesem Tage sich unseren Stellungen auf den Maashöhen genähert hätte, der hätte wohl geglaubt, daß an den viel unstritteneren Punkten neue schwere Kämpfe im Gange wären. Denn selbst, wenn das Feuer dort nachläßt, ist der Eindruck auf jeden, der nicht an die ununterbrochenen Kämpfe und den Wiberhall des Feuers aller Kaliber in den dortigen Schluchten gewöhnt ist, der einer regelrechten großen Schlacht. Von Ruhe ist dort Tag und Nacht keine Rede. Wie die Franzosen in verzweifelter Anstrengung alles daran setzen, ihre dort erlittenen Mißerfolge durch, wenn auch noch so kleine Gewinne wieder auszugleichen, so erangeln auch wir nicht, ihre immer wiederholten Unternehmungen durch rechtzeitige Beschichtung der Orte, an denen sie ihre Angriffsgruppen bereit stellen, ihrer Sturmkolonnen und der Gräben vorderer und hinterer Linie, aus denen die zum Angriff angelegten Kräfte vorgetrieben werden, unter wirkungsvolles Feuer zu nehmen. Eine besonders lohnende Aufgabe fällt hierbei den Fliegern zu. In dem Wald- und Berggelände, das die unmittelbare Beobachtung außerordentlich erschwert, zum großen Teil gänzlich ausschließt, müssen Führer und Truppen sich auf die Meldungen verlassen, die unsere wackeren Flieger ihnen erstatten. Stundenlang kreisen sie über den ihnen zugewiesenen Aufstellungsabschnitten, beobachten und melden mit verabredeten Zeichen jede Bewegung feindlicher Batterien oder einzelner Geschütze. Der Gegner wiederum kennt die Gefahren, die ihm der feindliche Flieger bringt. Er weiß genau, daß er binnen kurzem das Ziel der feindlichen Artillerie sein wird. Die Bekämpfung der Flieger lassen sich daher beide Parteien angelegen sein. Neben den besonders hierfür bestimmten Batterien, unter Umständen auch Infanterieabteilungen und Maschinengewehren, fällt die Aufgabe neuerdings besonderen Kampfflugzeugen zu. An anderer Stelle ist bereits festgestellt worden, daß die deutschen Flieger im Luftkampf unzweifelhaft die Ueberlegenheit aber die feindlichen Kampfflugzeuge errungen haben. Auch hier, zwischen Raas und Rosel, haben wir den gleichen Erfolg zu verzeichnen. Vor kurzem gelang es einem unserer Kampfflieger, in der Gegend von Esch ein französisches Flugzeug herunterzuschleusen. Wo deutsche Kampfflugzeuge erscheinen, räumt seit diesem und anderen Erfolgen der französische Flieger jetzt ohne Resten die Luft und gibt damit seine Unterlegenheit zu.

Am 2. Juli hatten wir Gelegenheit, die Tätigkeit unserer und der französischen Flieger ausgiebig zu beobachten. Wie die Ereignisse der nächsten Tage zeigten, hatte der Feind seine Artillerie zur Bekämpfung unserer Stellungen auf den Maashöhen verstärkt und bestellte den Tag vorzugsweise dazu, seine neuen Batterien gegen unsere Stellungen und Anmarschwege mit Hilfe von Fliegern einzuschleusen, soweit unsere aufmerksamen Kampfflugzeuge dies zuließen. Mit einer Fortsetzung der dortigen Kämpfe war demnach zu rechnen. Noch während der Nacht steigerte der Feind sein Feuer nicht nur gegen die bisherigen hauptsächlichsten Angriffsziele, sondern auch gegen unsere benachbarten Stellungen auf der Combres-Höhe und weiter nordöstlich in der Ebene bis Marchéville und Walzeray.

Der 3. Juli brachte erneute Infanterie-Angriffe, eingeleitet jedesmal durch heftiges Feuer, besonders mit Stützgasgeschossen, und begleitet durch einen Hagel von Handgranaten, deren Anwendung bei den Franzosen neuerdings besonders beliebt ist. Viermal griff der Feind an diesem Tage bei Les Eparges heftig an. Ebenso oft wurde er mit blutigen Kämpfen in die Flucht geschlagen.

Es schien dann, als ob er die Unmöglichkeit hier einzudringen, allmählich eingesehen und alle weiteren Versuche aufgegeben habe. Denn der 4. und 5. Juli brachte nur Artilleriekämpfe. Aber schon am Abend des 5. ließ die zunehmende Heftigkeit des feindlichen Feuers eine Wiederholung von Infanterieangriffen vermuten.

Nachdem am späten Abend des 5. die zweimaligen Versuche, in unsere Stellungen einzubrechen, an der Wachsamkeit unserer Grenadiere gescheitert waren, brachte der 6. Juli wieder einen über den ganzen Tag ausgebreiteten besonders schweren Kampf.

(B. L. B.)

Der französische Tagesbericht.

Paris, 20. Juli. (B. L. B.) Amtlicher Bericht von Montagnachmittag. In Belgien hat der Feind unsere Schützengräben bei Saint Georges die Nacht über ziemlich lebhaft beschossen, ebenso Dorf und Kirche Voefinghe. Im Artois machten die Deutschen südwestlich von Souchez gegen Mitternacht einen Angriff von 1200 Meter Frontbreite, den wir jedoch zurückwarfen. In den Argonnen wurde ein deutscher Angriff in der Umgegend von Saint Hubert zurückgeschlagen. Im Walde von Apremont Kampf mit Bomben und Handgranaten, aber kein Infanterieangriff. Aus Lothringen meldet man einige Vorpostenkämpfe bei Manhou-sur-Seille und am Südostrand des Waldes von Parroy, in denen wir die Oberhand behielten. Auf der übrigen Front herrschte während der Nacht Ruhe.

Amtlicher Bericht von Montagabend. Im Artois heftige Kanonade um Souchez. Es fand keine Infanterieaktion statt. Sechzig Granaten wurden auf Arras abgefeuert. In den Argonnen Kampf mit Bomben und Fröschen. Auf den Maashöhen warfen die Deutschen nachmittags zwei Angriffe gegen unsere Stellungen auf der Südkuppe der Sonbauschlucht vor; beide Angriffe wurden völlig zurückgeworfen. Der Feind bombardierte darauf unsere Schützengräben und unternahm mit schwachen Beständen eine Reihe kleiner Angriffe, die sämtlich zurückgeschlagen wurden. Die deutschen Verluste sind bedeutend. Auf der übrigen Front war der Tag ruhig.

Eines unserer Flugzeuge machte Jagd auf ein Aviatikflugzeug und brachte es durch Maschinengewehrfeuer zum Absturz. Das Flugzeug stürzte brennend in die deutschen Linien bei Soissons; unsere Artillerie beendete seine Zerstörung.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 20. Juli. (B. L. B.) Bericht des Großen Generalstabs: In der Gegend von Riga und Schawle erreichten feindliche Abteilungen die Front Luttum—Doblen und rückten am 18. Juli in südlicher Richtung gegen Hofzumberge und Benen vor. Im Norden des Dorfes Dmiany unternahmen Kosaken einen erfolgreichen Einbruch in den Rücken des Feindes und hoben einen wichtigen Transport auf. In Gegend Popeliany fuhren wir fort, den Feind zu bedrängen. Deutsche Angriffe gegen unsere Stellung bei Schawle in der Nacht zum 17. Juli wurden erfolgreich abgewiesen. An der Front jenseits des Rjemen warfen wir den Feind in derselben Nacht aus den letzten Schützengräben, die er am 17. Juli genommen hatte. An der Rarowfront unternahm der Feind eine Offensive und nahm in der Nacht zum 18. Juli das Dorf Boredu auf dem rechten Ufer der Pissa. Auf dem linken Ufer der Sztwa wurden feindliche Angriffe gegen die Dörfer Wit und Pshetschnid erfolgreich abgewiesen. Westlich des Dmulew ziehen sich unsere Truppen Schritt für Schritt zum Rarowbrückenkopf zurück. Sie lieferten am Abend des 17. Juli einen hartnäckigen Nachhutkampf in der Nähe der Stadt Rakow. Bei dem Dorfe Rassewo unternahm eines unserer Regimenter einen glänzenden Gegenangriff. In Richtung Lublin wurden feindliche Angriffe an der Front Wilkolase-Bykhava im Laufe des 18. Juli erfolgreich abgewiesen. Am Wjerpz bemächtigte sich der Feind in der Frühe des 18. Juli der Stadt Krasnostaw und der Flugübergänge, die stromabwärts davon gelegen sind. Im Laufe des 19. Juli blieben feindliche Angriffe zwischen dem Wjerpz fließt, ohne Ergebnis. Am rechten Ufer des Wjerpz wiesen wir bei Krasnostaw und an der Wolica zahlreiche, außerordentlich hartnäckige feindliche Angriffe ab. Indes gelang es dem Feinde, sich an der Mündung der Wolica und beim Dorfe Gaevniki auf dem rechten Ufer des Flusses festzusetzen. Daraus erachteten wir es für richtig, unsere Truppen in unsere zweite Stellung zurückzuziehen. Beim Dorfe Graboveg wiesen wir am 18. Juli vier wütende Angriffe des Feindes ab, die auf breiter Front unternommen und von Artilleriepersönlicher unterstützt wurden. Zwischen Ducza und dem Bug warfen wir am Abend des 17. Juli in erbittertem Kampfe den Feind aus allen unseren zuvor von ihm genommenen Schützengräben.

Am Bug wurde der Kampf gegen den Feind kraftvoll fortgesetzt, der am 18. Juli auf der Front Skomorkhi—Sokal den Fluß überschritt. Am Dinestr fanden die Kämpfe an der gleichen Front statt. Aus anderen Kampfgebieten werden keine wichtigen Gefechte gemeldet.

Der italienische Krieg.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 20. Juli. (B. Z. B.) Kriegsbericht von Montag. Während in der Gegend von Falzarego begonnene Offensive in Hochtale des Anstie fortgesetzt günstig entwickelt, habe unsere längs einer Linie von Misurina bis Schludersbach im Cadore vorrückenden Truppen die an der Brücke von Marogna verschanzten feindlichen Truppen angegriffen und der Blockhäuser mit dem Bajonett genommen. In Känten ist das Feuer gegen das Fort Hermann nordöstlich von Blitsch eröffnet worden; unsere Geschütze schossen sich schnell ein und richteten beträchtlichen Schaden an. Jungs der Isonzogrenze hat die von unseren Truppen Schritt für Schritt vorgetragene Offensive am 18 in heftigem und langdauerndem Kampfe merkwürdigen Erfolg erzielt. Nach diesem entscheidenden und blutigen Gefecht in welchem das Zusammenarbeiten zwischen der vorwärtsdringenden Infanterie und der sie unterstützenden schweren Feldartillerie sich als vollendet herausstellte, konnte unsere Besetzung der Karsthochfläche Fortschritte machen. Mehrere Reihen stark gepanzerter und durch Drahtverhaue geschützter Schützengräben wurden nacheinander im Sturm genommen und gefäubert; 2000 Gefangene, darunter 30 Offiziere, 6 Maschinengewehre, 1500 Gewehre und viel Munition blieben in unseren Händen.

Gestern vormittag wurde der Angriff längs der ganzen Isonzofront mit neuer Kraft wieder aufgenommen.
geg.: General Cadorna.

Die Versenkung des „Giuseppe Garibaldi“.

Rom, 20. Juli. (B. Z. B.) Der Admiralstab teilt mit:

Seit dem Datum des letzten Berichts vom 7. Juli entwickelte die Marine eine intensive Tätigkeit mit Schiffen und Luftkampfmitteln gegen die feindlichen Küsten der unteren und oberen Adria. Auf See sind folgende in dem dalmatinischen Archipel ausgeführten Operationen zu erwähnen: Die Abschneidung der Telegraphenabel in der Nähe der Inseln, welche infolge der gegen unser Ufer vorgeschobenen Lage brauchbare Beobachtungsstationen für den Feind bildeten, und die Zerstörung von Einrichtungen für die Verproviantierung von Torpedobooten sowie von Kasernen und Fabriken auf dieser Insel mit Erbeutung einiger Gefangener.

Bei Tagesanbruch des 18. Juli näherte sich eine Division unserer alten Panzerkreuzer, bestehend aus den Panzerkreuzern „Barese“, „Francesco Ferruccio“, „Giuseppe Garibaldi“ und „Vettor Pisani“ den Gewässern von Cattaro und bekundete seine Anwesenheit, indem es die Eisenbahnlinie bei dieser Ortschaft beschoß und ernstlich beschädigte. Gleichzeitig gingen kleine Schiffe gegen Gravosa vor, zerstörten dort ein Maschinendepot, Kasernen und mehrere militärische Gebäude und führten dann einer Landung eine Aufklärung auf der Insel Ciuppana aus. Die in die Basis von Cattaro gesunklenen feindlichen Panzerschiffe, welche, obgleich nicht von modernem Typ, doch unserer Division alter bescheidener Kreuzer hätten die Stirn bieten können, kamen nicht aus dem Hafen heraus, obgleich sie alle Maschinen unter Dampf hatten. Während unsere Schiffe sich entfernten, wurden Angriffe von Tauchbooten auf sie gemacht. Der „Garibaldi“ wurde, nachdem er einem ersten Angriff entgangen war, von einem Torpedo getroffen und sank. Die Besatzung bewahrte vollkommene Disziplin und Ruhe und rief wiederholt: „Es lebe der König!“, bevor sie sich, den erhaltenen Befehlen gemäß, ins Meer warf. Sie wurde größtenteils gerettet.

Unter den bemerkenswerten Lustaktionen seit dem 7. Juli ist das durch eines unserer Luftschiffe gegen das bereits durch die vorhergehende Beschießung vom 4. Juli schwer beschädigte Stabilimento Tecnico Triestino ausgeführte Bombardement zu erwähnen. Diesmal riefen die auf die diese wichtige Werk geworfenen Bomben einen so ausgebreiteten Brand hervor, daß er noch in 40 Kilometer Entfernung sichtbar war. Zu erwähnen sind noch der Abwurf von Bomben durch zwei Wasserflugzeuge gegen eine beim Leuchtturm von Salvoro befindliche Batterie, der Abwurf von Bomben durch eines unserer Wasserflugzeuge auf einen im Kanal von Fasano bei Pola am 14. Juli entdeckten feindlichen Zerstörer, ferner ein am 16. Juli mit ausgezeichneten Ergebnissen durch eines unserer Luftschiffe ausgeführtes intensives Bombardement des Bahnhofs von Crignano und der anliegenden Bahnanlagen der Eisenbahnlinie Trieste-Monfalcone. Am 11. Juli wurde ein feindliches Wasserflugzeug, das zu dem Geschwader gehörte, welches Bari und Barletta überflogen hatte, samt den beiden an Bord befindlichen Offizieren erbeutet.
geg.: Th. von der RebeL

Der türkische Krieg.

Die englischen Verluste an den Dardanellen.

Im englischen Unterhause erklärte Premierminister Asquith, daß die Gesamtverluste der Flotte und der Landstreitkräfte an den Dardanellen an Offizieren und Mannschaften betragen: tot 8084, verwundet 26 814 und vermißt 7536.

Der Seekrieg.

Die amerikanische Antwortnote an Deutschland.

London, 20. Juli. (B. Z. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Präsident Wilson hatte gleich nach seiner Ankunft in Washington eine Unterredung mit dem Staatssekretär Lansing über die Antwort der Vereinigten Staaten an Deutschland. Beide waren darüber einig, daß die Vereinigten Staaten nicht untätig bleiben können, wenn neuerdings ein Angriff auf ein unbewaffnetes Schiff unternommen wird, das keinen Widerstand leistet, und wenn dabei das Leben von Amerikanern verloren geht. Die Note wird die erste Absicht der Vereinigten Staaten darrin, keines ihrer Rechte aufzugeben. Sie wird sich wenig oder gar nicht mit den in der letzten Note erteilten Grundfäden befassen. Es geht nicht fest, ob die Note auch über den Angriff auf die „Ordnung“ etwas enthalten wird.

Paris, 20. Juli. (B. Z. B.) Nach einem Havas-Telegramm meldet der Washingtoner Korrespondent der Associated-Press, daß die Antwortnote Wilsons an Deutschland am Sonnabend nach Berlin abgehen wird.

Amerikanische Note an England.

London, 20. Juli. (B. Z. B.) Das Reutersche Bureau verbreitet folgende Meldung der „Times“ aus New York: Die Vereinigten Staaten haben eine Note an Großbritannien gesandt, in der sie darauf bestehen, daß die Rechte der amerikanischen Bürger gemäß dem Völkerrecht anerkannt werden müssen und durch britische Kabinettsorders und ähnliche Verfügungen nicht angefastet werden dürfen. Die Vereinigten Staaten weigern sich, die Urteile der Preisgerichte, soweit sie mit dem Völkerrecht im Widerspruch stehen, anzuerkennen.

London, 20. Juli. (B. Z. B.) Die „Times“ erfährt aus New York: Die Note der Vereinigten Staaten an Großbritannien wird von einem hohen Beamten eine Mahnung genannt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich des Zustandes völlig bewußt ist, der durch die englische Mißachtung der Rechte der Amerikaner in betreff des Handels mit Baumwolle, Lebensmitteln, Tabak und anderen Ausfuhrsgütern entstand. Ferner wird in der Note auf die Lage hingewiesen, die durch die englische Weigerung hervorgerufen wurde, die Ausfuhr von Gütern, die in Deutschland hergestellt wurden aber laut vorhandener Kontrakte Eigentum der Vereinigten Staaten sind, aus dem neutralen Rotterdam nach den Vereinigten Staaten zu gestatten. In dem Kommentar zu der Note, den Lansing den Vertretern der Tageszeitungen gab, äußerte der Staatssekretär, die Note sei nicht zu verwechseln mit einer zweiten, die nächsten abgesandt werden soll und in der gegen die englische Blockade der skandinavischen Küsten Einspruch erhoben wird. Die letztere werde den Nachdruck darauf legen, daß die Blockade ungesetzlich sei, weil sie den Handel der Vereinigten Staaten mit Norwegen, Schweden, Dänemark und den Niederlanden unterbinde, dagegen die baltische Küste für den deutschen Handel mit Schweden und Norwegen offen lasse. Aus dem Umstand, daß England keine Kriegsschiffe nach der Ostsee geschickt hat, um den deutschen Handel zu verhindern, zieht die Regierung der Vereinigten Staaten den Schluß, daß ein ausgedehnter Handelsverkehr zwischen Schweden, Norwegen und Deutschland besteht, von dem die Vereinigten Staaten zu unrecht ausgeschlossen seien.

Amerika als Vermittler zwischen Deutschland und England.

Washington, 20. Juli. (B. Z. B.) Das Ersuchen, das der deutsche Vorkonsul Graf Bernstorff an die Vereinigten Staaten gerichtet hat, bei England in der Angelegenheit der Kriegsführung zur See vermittelnd aufzutreten, soll nach Meldungen des Reuterschen Bureaus wohl aufgenommen worden sein. Staatssekretär Lansing betrachtet es als einen Versuch, die Lusitaniafrage in den Hintergrund zu schieben und den Eindruck hervorzurufen, daß diese Wahnsinnstat im Vergleich mit englischen Blockademethoden von geringem Belange sei. Nach Mitteilungen aus sehr offizieller Quelle sei nicht zu erwarten, daß Wilson sich darauf einlassen werde. Wenn Deutschland England formelle Vorstellungen zu machen habe, so werde Wilson sie übermitteln, da die Vereinigten Staaten das Verbindungsglied zwischen England und Deutschland bilden. Sonst aber werde der Präsident nichts tun.

Neue englische Kriegskredite.

London, 20. Juli. (B. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Regierung fordert heute im Unterhause einen weiteren Kriegskredit von 150 Millionen Pfund Sterling, was mit den bisherigen Kriegskrediten eine Gesamtsumme von 600 Millionen Pfund Sterling ergibt.

Frauen als freiwillige Munitionsarbeiter.

London, 20. Juli. (B. Z. B.) Ein großer Zug von Frauen aller Klassen, die bereit sind, für die Munitionsherstellung zu arbeiten, bewegte sich am Sonnabend durch die Straßen von London. Eine Abordnung, an deren Spitze die Frauenrechtlerin Frau Parkhurst stand, wurde vom Minister Lloyd George empfangen. Der Minister begrüßte die arbeitswilligen Frauen und führte dann aus, bisher arbeiteten 50 000 Frauen in Munitionswerken gegen 500 000 in Deutschland. Es sei notwendig, die ganze Nation einschließlich der Frauen zu organisieren. Die Regierung plane, die Werkzeugfabriken zu übernehmen. Lloyd George hielt darauf eine kurze Ansprache an die draussen versammelte Menge, in der er sagte: Im Osten steigen dunkle Wolken auf, aber ich betrachte sie voller Zuversicht. Das unbezwingliche England wird den Sturm überwinden, wie es manchen Distan zuvor überwand. Die Gegner werden zerstreut werden und England wird sich erneut und furchtbarer erheben und den großen demokratischen Völkern des Westens den großen Sieg für Europas Freiheit erringen helfen. Eine Frau unterbrach den Minister mit dem Rufe: Wie steht es mit dem Wahlrecht? Lloyd George fuhr fort: Wir sind um 12 Monate zurück, wir sind leidend bemäht, einen Feind zu fangen, der jahrelang seine Vorbereitungen traf, aber wir werden es tun. Ich habe keine Zweifel, daß die Nation, die so manchen Despoten in Europa niederwarf, es wieder tun wird.

Das Alkoholverbot in England.

London, 20. Juli. (B. Z. B.) Die erste Verordnung über die Einschränkung des Verkaufs von geistigen Getränken, die für Newhaven erlassen wurde, beschränkt die Verkaufszeit für Wirtschaften und Klubs auf 4 1/2, Sonntags auf 4 Stunden. Freihalten und Kreditgeben ist verboten. Zuwiderhandlung wird mit 6 Monaten Zwangsarbeit und 100 Pfund Sterling bestraft. Der Verkauf von Spirituosen außer dem Hause ist nur zwischen 12 Uhr mittags und 2 Uhr 30 Min. nachmittags, aber nicht am Sonnabend und Sonntag gestattet.

Streik englischer Färber.

Am 16. Juli legten, wie „Daily Telegraph“ meldet, die Färber der großen Wollereien und Färbereien von Glasgow, in Cheadle, Gheistrie, die Arbeit nieder, nachdem sie vergeblich eine Kriegszulage von 3 Sh. auf die Wochenlöhne von 28 Sh. und von 2 Sh. auf die Wochenlöhne von 28—40 Sh. gefordert hatten. Die Unternehmer, die schon 10 Sh. pro Woche an die Angehörigen der 93 im Felde stehenden Arbeitergeben, wollten entweder nur diese Unterstützung gewähren oder die Kriegszulage, während die Arbeiter sowohl beide Zahlungen als auch die Anerkennung der Gewerkschaft verlangten. Eine große Anzahl Arbeiter dieses mit Kriegsaufträgen stark beschäftigten Unternehmens nimmt an dem Streik teil.

Ein neuer Statthalter in Galizien.

Die „Wiener Zeitung“ teilt mit, daß der Statthalter von Galizien Ritter v. Korytkowski auf sein Ansuchen seines Amtes entlassen und der General der Infanterie Hermann von

Sollard zum Statthalter ernannt worden ist. Die Verfügung hängt mit der Wiederbesetzung des größten Teiles von Galizien zusammen. Der neuernannte Landeschef verläßt mit seinem Amte keinerlei militärische Funktionen. Er tritt lediglich in den normalmäßigen Wirkungskreis seines Amtsvorgängers und ist dem Ministerium verantwortlich. Der neue Landeschef ist der Landespräsident kundig und mit den Verhältnissen des Landes vertraut. Er wird zunächst bei der Förderung aller auf die wirtschaftliche Wiederaufrichtung des Landes gerichteten Bestrebungen ein reiches Feld der Tätigkeit finden.

Der sozialistische Unterstaatssekretär.

Nach einer Meldung des „Nouveliste“ aus Paris führt Unterstaatssekretär Thomas den Titel Unterstaatssekretär der Artillerie und der Munition. Außer dem Artilleriewesen liegt ihm auch die Leitung der Versorgung mit Pulver und Explosivstoffen und besonders Munitionsstoffen und die Leitung des Geniewesens und der Luftschiffahrt ob.

Die Lebensmittelpreise in Frankreich.

London, 20. Juli. (B. Z. B.) Eine Meldung der „Times“ aus Paris führt aus, daß die Preise der Lebensbedürfnisse in Frankreich mindestens um 30 Proz. höher sind als in England. Ein Pfund Fleisch kostet danach 1,75 bis 2,50 Franc, Butter 2,50 bis 3 Franc, frische Eier 25 Centimes das Stück. Auch Gemüse und Obst sind infolge Mangels an Arbeitern teuer.

Die umworbene Balkanstaaten.

Paris, 20. Juli. (B. Z. B.) Die Presse setzt ihren Selbstzug fort, in welchem sie die Diplomatie des Bierverbandes auffordert, durch Zugeständnisse die Balkanstaaten für die Sache des Bierverbandes zu gewinnen. Im „Gaulois“ erklärt der Deputierte Delafosse, die Alliierten hätten die Dardanellenaktion nicht unternehmen dürfen, ohne sich zuvor der militärischen Hilfe Bulgariens versichert zu haben, weil sie die Grundbedingung des Erfolges wäre. Man hätte Bulgarien alles geben müssen, was es verlangte, denn die Alliierten hätten es geben können. Bulgarien habe Kamakia verlangt. Man hätte es ihm geben müssen selbst zum Nachteile Griechenlands. Man hätte ihm auch die Serbien gehörenden Teile Mazedoniens geben müssen, welche es verlangte. Man hätte Serbien und Griechenland anderweitig befriedigen können, indem man z. B. Serbien Albanien mit einigen Häfen an der Adria gegeben hätte. Man müsse um jeden Preis eine Intervention Bulgariens herbeiführen und alles tun, um dazu zu gelangen — das sei der springende Punkt. „Figaro“ fordert von der Diplomatie die größten Bemühungen, um ein Abkommen mit Rumänien zu erzielen.

Paris, 20. Juli. (B. Z. B.) Ministerpräsident Radoslawow erklärte dem Sofioter Berichterstatter des „Temp“, das Interesse Bulgariens sei es nicht, die Neutralität immerwährend beizubehalten, aber um einzugreifen, müsse das bulgarische Volk das feste Versprechen haben, sichere Vorteile zu erzielen. Augenblicklich verhandle Bulgarien hierüber amtlich mit dem Bierverband und unterhandle ferner mit der Türkei über die Eisenbahnen in Thrazien. Bulgarien unterhandle mit niemand anderem. Bisher habe sich die Richtung der bulgarischen Politik nicht geändert, aber es gebe immerhin ein neues Element, die bulgarische Armee, welche nach den Kriegen von 1912/13 erschöpft war, sei jetzt neugebildet und stärker denn jemals. Sie habe ein kader junger, rühriger, vertrauensvoller Offiziere und Kriegserfahrung. Mit dieser Armee sei Bulgarien auf alle Möglichkeiten vorbereitet.

Die türkisch-bulgarischen Verhandlungen.

Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Sofia vom 18. Juli meldet, haben die türkisch-bulgarischen Verhandlungen noch kein endgültiges Ergebnis zu verzeichnen. Es liegt aber kein Anlaß zu Beforgnis vor, daß die Freude im Bierverhandlungsager über ein Scheitern der Verhandlungen begründet sein könnte. Die Türkei will die Lösung der Grenzfrage mit der Lösung einiger wichtiger Fragen aus älterer Zeit verbinden. Bulgarien ist nicht abgeneigt, darauf einzugehen. Ueber den Umfang des bulgarischen Entgegenkommens hat aber noch nichts Endgültiges verlautet.

Besuch der russischen Gefangenenlager.

Vor einiger Zeit erhielt das dänische Rote Kreuz vom Noter Kreuz in Petersburg die Aufforderung, Unterhandlungen mit Berlin darüber einzuleiten, daß ein Abgesandter des dänischen Noter Kreuzes die Kriegsgefangenenlager Deutschlands, in denen sich Gefangene russischer Nationalität befinden, besuchen dürfe. Der Leiter der beim dänischen Noter Kreuz bestehenden Abteilung für Kriegsgefangene legte sich mit den deutschen Behörden in Verbindung und erhielt die Antwort, daß das preussische Kriegsministerium der Anregung zustimme unter der Bedingung, daß gleichzeitig ebensolche Abgesandte die deutschen Gefangenenlager in Rußland besuchten. Dies wurde den russischen Behörden vorgelegt und vom russischen Kriegsministerium angenommen. Da das preussische Kriegsministerium damit einverstanden ist, wird der Plan nunmehr durchgeführt. Je drei Herren gehen zu diesem Zweck nach Rußland und Deutschland.

Streik der amerikanischen Munitionsarbeiter.

Bridgeport (Connecticut), 20. Juli. (B. Z. B.) Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus sind die Verhandlungen wegen Verhütung des Ausstandes bei den Remington-Werken gescheitert. Die Arbeiterführer haben erklärt, daß die Maschinen am Dienstagmittag die Arbeit einstellen werden. Innerhalb einer Woche werden die Remington-Werke und die Anlagen von anderen Gesellschaften, die mit Kriegslieferungen beschäftigt sind, stillstehen.

Essen (Ruhr), 20. Juli. (B. Z. B.) Laut einer Genfer Meldung des „Generalanzeigers“ berichtet die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ aus New York: Bryan forderte in einer seiner letzten Agitationsreden in Washington die Arbeiter auf, dem Kriege durch allgemeine Verweigerung der Munitionserzeugung in den Vereinigten Staaten ein Ende zu machen. Der „Herald“ hält eine vorübergehende Beschränkung der Munitionserzeugung für sehr wahrscheinlich, da die Deutschen und Jren eine große Propaganda für diesen Plan Bryans aufgenommen haben.

Zu den Waffenfabriken von Bridgeport streifen bereits an 8000 Arbeiter, in den Waffenfabriken in Connecticut an 3000 Arbeiter. Die bekannten großen Remington-Munitionsfabriken zeigen an, daß sie den Betrieb vorläufig nicht wieder aufnehmen können.

Paris, 20. Juli. (B. Z. B.) Die Agence Havas meldet aus New York: Die amerikanische Regierung ist durch Vermittelung des Arbeitsdepartements bemüht, ihren Einfluß zugunsten einer schnellen Lösung der Ausstandsbewegung in Bridgeport geltend zu machen.

Rußland und der Krieg.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Eine eigenartige Polemik hat in diesen Tagen in der welsch-schweizerischen Zeitung „Gazette de Lausanne“ stattgefunden. Am 4. Juli war dort ein Artikel erschienen, der das Thema „Rußland und der Krieg“ behandelte. Der Verfasser zog aus der gegenwärtigen militärischen Lage den Schluß, daß die Offensivkraft der Russen gebrochen sei. Die russische Armee habe überhaupt seit Suworow keine Angriffskriege mehr zu führen gewußt, und was das moderne Rußland anlangt, so habe es seit dem verlustreichen japanischen Kriege nichts getan, um seine Offensivkraft wiederherzustellen; es habe die von Frankreich geliehenen Milliarden berten (elle aurait soi-disant gaspillé les milliards empruntés à la France).

Diese Behauptung, die auf ein Haar so aussieht, als ob sie nicht von Schweizer, sondern von französischer Seite in die entfremdete Zeitung lanciert worden sei, hat vielleicht gerade deshalb die russische Botschaft in Bern zu einer Gegenerklärung veranlaßt. Die Ausführungen dieser Erklärung interessieren uns nur in einem Punkte, nämlich insofern, als der russische Vertreter behauptet, daß allerdings am Anfang des Krieges Rußland, ebenso wie seine Verbündeten nicht so gut vorbereitet gewesen seien als Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Später sei das dann ausgeglichen worden.

Durch solche Behauptung soll das Märchen bei den Neutralen Eingang finden, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn durch Vorbereitungen auf den Krieg ihren Willen zum Kriege gezeigt, die ahnungslosen Ententemächte aber unschuldig und unvorbereitet von dem Kriegsausbruch überrascht worden seien.

Jeder halbwegs unterrichtete Neutral wird schon aus dem Gange der Ereignisse vor dem Kriege leicht das Gegenteil entnommen haben, immerhin mag es nützlich sein, als historische Erinnerung die beiden bekannten Artikel des gewesenen russischen Kriegsministers Sudomolinow in den „Birshewja Wjedomosti“ noch einmal zu beleuchten, die im März und im Juni 1914 gewissermaßen als russische Fanfaren dem Ausbruch des Krieges vorhergingen.

Der erste Artikel enthielt, wie man weiß, an leitender Stelle einen Lobgesang auf die russische Kriegsbereitschaft. Rußland wolle zwar keinen Krieg, so hieß es, sei aber kriegsbereit und fürchte einen etwaigen Krieg nicht. Früher seien alle Kriegsvorbereitungen Rußlands auf Verteidigung zugeschnitten gewesen, jetzt aber beruhe der Kriegsplan auf der Voraussetzung, daß das russische Heer die Offensive ergreifen werde. Daran schließen sich einzelne großsprecherische Ausführungen über die Stärke und Tüchtigkeit der russischen Waffengattungen.

Wie man weiß, sollte dieser Artikel nach einer Beratung zwischen Sudomolinow und seinen französischen Kollegen in der „Russe Slowo“ erscheinen; da sich die „Slowo“, die die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland nicht verschärfen wollte, indes weigerte, den Artikel zu übernehmen, so ging er der minder gewissenhaften „Birshewja Wjedomosti“ zu, nachdem er, wie es scheint, auch die Billigung von Stasowow gefunden hatte.

Schon damals ist durch das offene Betonen der Offensivbereitschaft Rußlands das deutsche Publikum in hohem Grade beunruhigt worden, der zweite Artikel, im Juni, der aus Anlaß des in Frankreich vorliegenden Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit geschrieben wurde, ließ wenig Unklarheiten über die wahren Absichten Rußlands mehr übrig. „Rußland und Frankreich wollen keinen Krieg, aber Rußland ist bereit und hofft, daß auch Frankreich bereit sein wird.“ Mit diesen Worten wurde klar genug ausgesprochen, wohin die Reise ging.

„Im Auslande“ — so hieß es in dem Artikel — „ist man bereits völlig unterrichtet über die kolossalen Opfer, die wir (Rußland) zu dem Zweck gebracht haben, um dem franco-russischen Bündnisse eine wirklich ansehnliche Kraft zu verleihen. Die vom Kriegsministerium in der Organisation der bewaffneten russischen Macht durchgeführten Reformen übertrreffen alles, was jemals nur irgendwo in dieser Richtung getan worden ist. Unter jährlichen Rekrutenkontingenten ist, nach dem letzten Kaiserlichen Befehl von 450 000 auf 580 000 Mann gebracht worden. Demnach haben wir eine jährliche Vermehrung der Armee um 130 000 Mann. Gleichzeitig ist die Dienstzeit um ein halbes Jahr vermehrt worden, so daß also während jedes Winters 4 Rekrutenkontingente unter den Fahnen stehen werden.“

Mit Hilfe einfacher arithmetischer Berechnung kann man die Zifferangaben über unsere Armee feststellen, die so groß sind, wie sie noch niemals ein Staat aufgewiesen hat: 580 000 mal 4 gleich 2 300 000.

Diese Ziffern bedürfen keines Kommentars. Es ist noch zu bemerken, daß alle diese Heeresvermehrungen in der Friedenszeit ausschließlich zu dem Zwecke geschehen, die Armee möglichst schnell auf den Kriegszug zu stellen, d. h. im Interesse einer möglichst schnellen Mobilisation.

In dieser Hinsicht haben wir noch eine große Reform durchgeschleift, indem wir ein ganzes Netz strategischer Eisenbahnen projektiert und zu bauen angefangen haben. Auf diese Weise haben wir alles getan, um dem Gegner bei der Mobilisation zuvorzukommen und gleich in den ersten Tagen des Krieges möglichst schnell die Armee zu konzentrieren.“

Sollen wir die beiden Sudomolinow'schen Artikel noch durch eine dritte Zeitungstimme ergänzen, so möchten wir auf einen Bericht von Jules Hedeman im „Ratin“ vom 18. Juli v. J. verweisen. Hedeman war damals zur Beobachtung der russischen Stimmung während des Besuchs von Poincaré nach Petersburg gelangt worden und er ist sicher einer der besten Exponenten für die geheimen Gedanken der Politiker der Entente. Unter der Ueberschrift „Eine militärische Leistung ohne gleichen“ (Un effort militaire sans précédent) schildert Hedeman im „Ratin“ das, was die Russen in militärischer Hinsicht getan haben. Sie haben ihre Armee verdoppelt: gegen 1 200 000 Soldaten vor zwei Jahren würde Rußland im Winter 1914 — 2 245 000 Mann unter Waffen haben — also eine größere Friedenspräsenzstärke als die des ganzen Dreieckes. Die neuen strategischen Bahnen werden es Rußland erlauben, ebenso schnell zu mobilisieren wie seine Gegner, das Marinebudget Rußlands übertriffe schon jetzt dasjenige Englands. Poincaré sehe seinen Fuß auf russischen Boden in einem Moment, wo dieses die größte Militärmacht der Welt gemordet sei. Der Pferdeschuh bei dem Hedemanschen Bericht kommt natürlich auch sehr schnell zum Vorschein: „Schon seit einigen Monaten sprechen die russischen Diplomaten in einem neuen Ton mit der deutschen Diplomatie. Früher war der Ton zögernd, jetzt ist er fest.“ Nur noch wenige Politiker sprechen über eine französisch-russisch-deutsche Entente. Diese Entente wird immer unmöglicher. Zwischen Deutschland und Frankreich steht die Zwangsgenossenschaft, zwischen Deutschland und Rußland die Zukunft.“

Braucht es noch weiterer Beweise dafür, wo die Vorbereitung zum Kriege, wo der Offensivwille, wo die Angriffsabsicht gelegen hat?

Die russischen Gesandten sollten es aufgeben, den Neutralen nach weiter Märchen aufzubinden. Die trockenen Ziffern des russischen Militär- und Marinebudgets und die Eingeständnisse der eigenen und der verbündeten Presse genügen, um solche Märchen Lügen zu strafen.

Politische Uebersicht.

Die neuen Höchstpreise für Brotgetreide.

Eine Nachrichtenstelle bezeichnet es als wahrscheinlich, daß der Bundesrat von einer Erhöhung der bisherigen Höchstpreise absehen wird.

Die „Deutsche Tagesztg.“ bemerkt hierzu: „Wir können nach unserer Kenntnis der Dinge diese Auffassung für zutreffend halten.“

Neue Höchstpreise.

In einer Eingabe an den Stellvertreter des Reichskanzlers verlangt der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen zum Schutze der wichtigsten Nahrung für das heranwachsende Geschlecht im Hinblick auf die hohe Preislage und auf weitere Verteuerungabsichten Höchstpreise für Milch, außerdem Höchstpreise für Butter und Käse, die zum Milchpreise in ein Verhältnis gesetzt werden, das den besonderen Anreiz zur Herstellung von Butter und Fettsäure ausschließt. Außerdem wünscht er erneut das Verbot der Verfütterung eines Teils der Magermilch, die jetzt noch fast vollständig in den Schweinetrog geht. Wegen die einseitige Heranziehung von Interessenten aus der Produktion und dem Handel bei den bisherigen Maßnahmen der Regierung in Sachen der Versorgung mit Milch und Milchprodukten wendet er sich schließlich mit der Begründung, daß er bei diesen Erwerbszweigen nur geringes Verständnis für einen Schutz der Verbraucher vor übermäßigen Preisen gefunden habe. — Ferner wünscht der Kriegsausschuß in einer Eingabe an den Bundesrat Höchstpreise für Karbid und Spiritus, um einer Preistreibeerei in diesen Artikeln bei der zu erwartenden Petroleumknappheit zu begegnen. Zur Vermehrung der Petroleummenge ohne eine Belastung der Verbraucher durch erhöhte Inlandspreise regt er dann noch Einfuhrprämien aus Reichsmitteln an. Bei einem Erfolg dieser Maßnahmen könnten später vielleicht die am 2. Juli festgesetzten Petroleumhöchstpreise eine Verminderung erfahren.

Einheitliches Vorgehen gegen den Lebensmittelwucher.

Wie die „National-Ztg.“ meldet, finden zwischen den zuständigen Berliner Regierungsstellen Verhandlungen über eine Verschärfung der Wucherparagrafen des Strafgesetzbuches statt, um dem neuerdings stark um sich greifenden Wucher mit Lebensmitteln und anderen Gegenständen des täglichen Bedarfs wirksam entgegenzutreten. Damit soll zugleich auf diesem Gebiete ein einheitliches Vorgehen im ganzen Reich gegen diese Art von Wucher ermöglicht und gewährleistet werden. So sehr das Einschreiten der verschiedenen militärischen Behörden gegen diese Ausbeutung der Bevölkerung begrüßt worden ist, so ist es doch an manchen Orten auch zu Unklarheiten in bezug auf die Abgrenzung der Befugnisse von Zivil- und Militärbehörden gekommen. Diesen Unzuträglichkeiten soll für die Zukunft ebenfalls vorgebeugt werden. Es wird wohl demnächst eine entsprechende Vorlage an den Bundesrat kommen. Die Fassung der neuen Paragrafen bietet große Schwierigkeiten, insbesondere die neue Begriffsbestimmung der „Notlage“, man ist aber auf dem Wege, über sie hinwegzukommen.

Christliche Gewerkschaften und Teuerung.

Unter der Ueberschrift „Teuerung und kein Ende“ schreibt das „Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften“ in seiner neuesten Nummer u. a.:

Wir haben keinen Mangel an Lebensmitteln, trotzdem sind die Preise kaum noch erschwinglich. Eine Anzahl wichtiger Lebensmittel ist um das Doppelte und Dreifache verteuert. . . .

Und immer finden wir dann die Entschuldigung: der Mann muß seinen Verdienst haben. Hierunter versteht man den Gewinn der regulären Zeit, aber auch noch einen besonderen Kriegsgewinn. Es kommt dabei gar nicht zum Vorschein, daß Millionen Deutsche ein vermindertes Einkommen haben und daß es darum nicht mehr wie recht und billig ist, wenn auch der Lebensmittelproduzent und Händler sich mit einem niedrigeren Verdienst begnügt. Nun aber erst noch die Anspannung, auf Grund des Krieges habe der Mann ein Anrecht auf einen noch höheren Gewinn wie in regulärer Zeit! Derweil darben Millionen Frauen und Kinder, denen es an den Mitteln fehlt, das Notwendigste einzulösen. Die arbeitende und minderbemittelte Bevölkerung kann diese Belastung nicht weiter tragen, ohne großen Schaden zu nehmen. Eine tiefgehende Erbitterung macht sich breit, weil die Last des Krieges sich in so ungleichmäßiger Weise verteilt.

Dieser Sachlage dürfen die Regierenden nicht mehr länger tatenlos zusehen. Es darf nicht übersehen werden, daß dadurch die Stimmung im Heere ungünstig beeinflusst wird. Es ist überaus bitter für den im Felde Stehenden, wenn er weiß, daß seine Lieben in der Heimat wucherliche Preise zahlen müssen. Dieser heutige Zustand hat aber auch seine großen Wirkungen über den Krieg hinaus.

Auch die Zentrums Presse führt seit kurzem eine entsprechende Sprache. So schreibt der „Kölnischer Lokal-Anzeiger“ (Nummer 195) von „Vaterlandsverrat“. „Vaterlandsloser Politik“ usw. und wirft der Landwirtschaft vor, daß sie die Wucherpolitik großer Händler einfach mitgemacht hat.

Reiche Obsterte — „gute“ Preise.

Vielfach wird die außergewöhnliche Teuerung des Obstes auf eine schlechte Ernte zurückzuführen versucht. Dem steht entgegen, daß die sehr bauernfreundliche „Kriegerische Landeszeitung“ (Nr. 192b) schreibt: „Die reiche Obsterte findet diesmal eine bessere Verwertung, weil ein großer Teil der Ernte für Heeresbedarf verarbeitet wird. . . . Da nun auch das Publikum sich mehr wie früher dem Konsum der Obstprodukte zuwendet, stehen für unsere Obstzüchter im Herbst gute Preise in Aussicht.“ Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß für Fallobst in diesem Jahre 8 M. für den Zentner gezahlt werden gegen 1—1,50 M. im Vorjahre. — Das ist das nackte Eingeständnis, daß die Wahnungen, mehr Obst einzulösen, rücksichtslos zu Preissteigerungen benutzt werden. Die spätere Obsterte ist diesem Wucher zu entziehen. Das gilt vor allem für die zu erwartende reiche Apfelernte und die auch nicht unter Mittel bleibende Pfäusenernte.

Obstaufuhr trotz Verbots unter falscher Deklaration.

In der „Kreuzzeitung“ erschien dieser Tage von zuständiger Seite ein Dementi gegen die Behauptung rheinischer Blätter, daß große Mengen rheinischen Obstes über Holland nach England gingen. Allerdings mußte gleichzeitig

zugegeben werden, daß die Ausfuhr von Kirichen erst seit dem 1. Juli verboten ist. Unser Kölner Parteiblatt hält diesem Dementi gegenüber seine Behauptungen aufrecht, und der Gouverneur der Festung Köln bestätigt sie durch eine Bekanntmachung in der es heißt: „Es ist festgestellt, daß große Mengen Obstes trotz dieser Verordnung (Ausfuhrverbot) aus dem Rheinlande, insbesondere auch aus dem Festungsbereich, aufgekauft und unter falscher Deklaration über die holländische Grenze gebracht worden sind. Es besteht die Vermutung, daß das Obst nach England weiter geleitet wird.“ Der Gouverneur bedroht die weitere Ausfuhr mit Gefängnis bis zu einem Jahre.

Ein Kartoffelwucherer mit Gefängnis bestraft.

Der Gutsbesitzer Lehmann in Dittelsdorf bei Jitta u. i. Sa. hatte sich vor dem Raubener Landgericht am Freitag wegen Erpressung zu verantworten. Eine unbemittelte Kriegersfrau in Jitta hatte in der Zeit der Kartoffelnot bei ihm mehrere Zentner Kartoffeln bestellt und einen Zentnerpreis von 3,50 M. vereinbart. Lehmann wartete jedoch mit der Lieferung solange, bis der Höchstpreis um 1,75 M. erhöht wurde. Er teilte der Frau dann mit, sie könne die Kartoffeln haben, wenn sie 5,25 M. pro Zentner bezahle. Die Frau war bereit, die Kartoffeln für den Preis zu nehmen, da sie nirgends billiger zu haben waren. Lehmann ließ aber wieder einige Wochen vergehen, in denen der Preis weiter stieg. Auf Mahnung schrieb er der Frau auf einer zweiten Karte, daß sie die Kartoffeln nur für sieben Mark pro Zentner erhalten könnte, also für das Doppelte des vereinbarten Preises. Unser Jittauer Parteiorgan nahm den menschenfreundlichen Mann unter die Lupe, was die Staatsanwaltschaft veranlaßte, einzuschreiten. Eine Uebertretung der Höchstpreise kam nicht in Frage, da für Mengen unter 20 Zentner kein Höchstpreis bestand. Das Landgericht erließ aber in der Handlungsweise eine verurteilte Erpressung und verurteilte L. zu zwei Wochen Gefängnis.

Wenn die Verbraucher öfter solche Fälle der Öffentlichkeit unterbreitet hätten, wäre vielleicht manchem struppelosen Profitjäger auf die Finger geklopft worden.

Vereinigung für demokratische Kontrolle.

Diejenige Organisation, die neben der Unabhängigen Arbeiterpartei in England die Kriegspolitik der Regierung am rücksichtslosesten kritisiert und für einen baldigen und dauernden Frieden arbeitet, ist die Vereinigung für demokratische Kontrolle (Union for democratic Control). Sie wurde im August 1914 gegründet und hat in dem abgelaufenen Jahre eine sehr rege und den Anhängern des „Kriegs bis ans Ende“ sehr unbecommene Agitation durch Wort und Schrift getrieben. An ihrer Spitze stehen bekannte Persönlichkeiten aus den Reihen der Sozialisten und vom linken Flügel der Liberalen. So unser Genosse Ramsay MacDonald, so der zu Beginn des Krieges gleichzeitig mit Morley und John Burns aus dem Ministerium ausgeschiedene Trevelyan, so Norman Angell, der Verfasser des auch in Deutschland viel verbreiteten Buches, in dem die „große Illusion“ der Kriegstreiber behandelt wird, und endlich E. D. Morel, der bereits seit Jahren in einer Reihe von Schriften die Geheimpolitik der englischen Diplomatie heftig angegriffen hat.

Das Programm der Vereinigung umfaßt vier Punkte:

1. Keine Provinz soll von einer Regierung an die andere ausgeliefert werden ohne die Zustimmung der Bevölkerung dieser Provinz.
 2. Kein Vertrag oder Abkommen soll im Namen Großbritanniens ohne Zustimmung des Parlaments abgeschlossen werden.
 3. Die auswärtige Politik Großbritanniens soll nicht auf die Schaffung von Bündnissen zur Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts hinstreben, sondern soll eine gemeinsame Aktion der Mächte herbeiführen helfen zur Schaffung eines Staatenbundes mit einem internationalen Rat, dessen Verhandlungen öffentlich sind.
 4. Großbritannien soll darauf dringen, daß in den Friedensvertrag Bestimmungen über eine weitgehende allgemeine Verminderung der Rüstungen hineinkommen. Um dies Ziel zu erreichen, müssen die Rüstungsindustrien verstaatlicht werden und ist die Waffenausfuhr unter öffentliche Kontrolle zu bringen.
- In einem Bericht, den Morel im neuesten Heft der „Contemporary Review“ über die Tätigkeit der Vereinigung für demokratische Kontrolle gibt, spricht er sich sehr hoffnungsvoll über ihre Zukunft und über ihren Einfluss aus. Bis heute hat sie bereits ein halbes Hundert von Kreisvereinen rings im Lande gegründet, ihre Anhängerzahl unter den Arbeitern und auch im Bürgertum ist in ständigem Zunehmen begriffen.

Konsequenzen.

Unter der Ueberschrift: „Dervé unterstützt Lloyd George“ berichtet die bürgerliche Presse:

In einem Artikel seines Blattes „Guerre Sociale“ spricht sich Dervé sehr abfällig über die Haltung der englischen Bergarbeiter aus, denen er Egoismus vorwirft. Diese kämen jetzt nur mit so übertriebenen Forderungen, um die Besitzer zu zwingen, höhere Löhne zu zahlen, damit sie dann in die Lage kämen, einige Gläser Whisky mehr trinken zu können. Dadurch würden täglich Tausende von braven Engländern bedroht, die ständig ihr Leben für Großbritannien aufs Spiel setzen. Dervé spricht schließlich sein Bedauern über die Haltung der Bergarbeiter aus und meint, daß ihr Vorgehen dem Hochverrat gleichkomme.

Wer die „nationale Verteidigung“ unter Führung der gerade herrschenden Regierungspartei über alles stellt, muß notwendig zu solchen Konsequenzen gelangen, wie Dervé sie zieht.

Aus der Partei.

Rundgebung des Vorstandes des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Frankfurt a. M.

Die „Frankfurter Volksstimme“ bringt in ihrer Sonntagnummer die Erklärung:

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Frankfurt a. M. erklärt sich mit der bisher von der Mehrheit der Reichstagsfraktion und vom Parteivorstand eingenommenen Haltung zum Krieg einverstanden.

Der Vorstand heißt auch die Versuche gut, mit den sozialistischen Parteien der neutralen und der feindlichen Länder zu einer Verständigung über eine gemeinsame Aktion für Herbeiführung eines die Rechte der Völker achtenden Friedens zu gelangen.

Der Vorstand fordert alle Genossen auf zu einer Betätigung, die der organisatorischen Einheit der Partei gerecht wird und die Gesamtinteressen der deutschen Arbeiterbewegung beachtet. Die

Art, wie Genosse Haase als Vorsitzender der Partei gehandelt hat, verurteilt hiergegen und wird mißbilligt.

Der Vorstand erklärt für nötig, daß im Interesse der baldigen Herbeiführung eines gedeihlichen Friedens die Erörterung der Kriegsziele freigegeben wird, und er erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie bei der erneuten Festlegung ihrer Haltung die Befreiung bestehender Hindernisse einer offenen Besprechung der Kriegsziele und die wirksamere Bekämpfung des Wuchers mit notwendigen Lebensbedarf fordert und durchführt.

Diese Erklärung wurde einstimmig beschlossen.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Frankfurt a. M.

Hierzu wird uns aus Frankfurt geschrieben: Wir erachten diese Kundmachung für bedeutungslos, weil sie lediglich vom engeren Vorstand der Partei, einem Sieben-Männer-Kollegium ausgeht, während der erweiterte Vorstand, der Extraversammlungen, der Parteikonferenzen und ebensolcher eine Mitgliederversammlung der Partei vor Erlass dieser Kundmachung wohlweislich nicht gehört wurden, weil dabei die vom Vorstand betonte Einstimmigkeit nicht erzielt worden wäre. Die vor einiger Zeit in Frankfurt stattgefundene Versammlung, in der Genosse Abg. Haase sprach, hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß auch in Frankfurt a. M. eine sehr starke Minderheit mit der gegenwärtigen Politik und den von Heine-David usw. vertretenen neuen Zielen der Partei nicht einverstanden ist.

Zum Beschluß des Kreisvorstandes des Wahlkreises Höchst-Ufingen

erhalten wir folgende Zuschrift:

In der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ bringen Sie den Vortragsbericht des Kreisvorstandes des Wahlkreises Höchst-Ufingen in Sachen der Parteidifferenzen gesehnen Beschlußes.

Wir legen Wert darauf, bekannt zu geben, daß dieser Beschluß nicht einstimmig, sondern mit 5 gegen 2 Stimmen angenommen worden ist.

Mit Parteigrüß
Mag. Hartig, Anton Walter.

Der betreffende Beschluß wandte sich gegen den der Parteioption gemachten Vortragsbericht der Sonderkommission, die viel eher auf Tendenzen passe, wie sie von Heine, Kolb und anderen vertreten würden.

Aus Industrie und Handel.

Die künftigen Handelsbeziehungen der Zentralmächte.

Auch in Oesterreich steht man vorläufig dem Wunsch nach engerer Verknüpfung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich noch skeptisch gegenüber. Wolffs Telegraphenbureau verbreitet dazu folgende Presseäußerung:

Das Wiener „Freundenblatt“ weist darauf hin, daß die öffentliche Meinung in Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich in steigendem Maße ihre Aufmerksamkeit der künftigen Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen beiden Reichen zuwendet.

Aber man müsse sich darüber klar werden, daß die Fortführung der Erörterungen im gegenwärtigen Augenblicke mancherlei Bedenken nach sich zieht. Die Erörterungen seien heute verfrüht, da die militärischen Ereignisse noch im Fluße sind und die künftige politische Gestaltung Europas noch ungewiß ist. Es fehlen darum wichtige Voraussetzungen für eine sachgemäße Beurteilung der handelspolitischen Fragen. Mit Recht hat aus ähnlichen Erwägungen heraus die Deutsche Regierung wiederholt mit großem Ernste gewarnt, sich mit den Friedensbedingungen zu befassen und die eindringlichen Vorhaltungen haben auch bewirkt, daß seit geraumer Zeit ein Stillstand in der Erörterung dieser Frage eingetreten ist. Dieselben Gründe sprechen dafür, auch in den Erörterungen über das künftige handelspolitische Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der Donaumonarchie eine maßvolle Zurückhaltung zu beobachten. Die Erörterung über das handelspolitische Verhältnis bewegt sich deshalb auch noch auf völlig unsicherer Grundlage, weil die ganz unerlässliche grundlegende Voraussetzung fehlt, nämlich die endgültige Feststellung der wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen beiden Staaten der Donaumonarchie.

Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, daß alle verantwortlichen Stellen der österreichisch-ungarischen Monarchie es als eine ihrer obersten und willkürlichen Aufgaben betrachten, die engeren Beziehungen zum Deutschen Reich und die treue Waffenbrüderschaft, die so glückverheißende Erlöse geseitigt, und wir dürfen hoffen, noch weiter zeitigen wird, auf das sorgfältigste zu hüten und zu pflegen. Die Herzlichkeit und Innigkeit unseres Verhältnisses zu Deutschland kann nur vertieft und befestigt werden, wenn die Ordnung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen auf der gesunden und einzig haltbaren Grundlage des beiderseitigen Nutzens erfolgt und wenn die Wirtschaftskreise beiden Länder die herbeigehende Gewißheit haben, daß mit der Ausschaltung des Gefühlsmoments ihre Interessen volle Berücksichtigung gefunden haben. Diese Gedankengänge sollen nicht nur für die beiden Regierungen, sie sollen auch für jene Wirtschaftskreise maßgebend sein, die nicht unmittelbar die Verantwortung für die kommenden Entschlüsse zu tragen haben.

Der englische Zinsfuß.

Die englischen Zinsfüße passen sich der neuen Anleihe an. Am 17. Juli begann die Bank von England Darlehen auf Anleihen zu 2 1/2 Proz. bis zum 20. Juli und für die weitere Laufzeit zu 3 Proz. auszugeben. Der 20. Juli ist Fälligkeitstermin für die 1. Rate der neuen Anleihe, deren Zinsfuß wesentlich höher als der Zinsfuß der älteren Anleihen, die jetzt gegen die neue Kriegsanleihe eingetauscht werden kann. Daher dieses Datum als Markstein der Verdoppelung des Zinsfußes.

Die englische Farbstoffindustrie.

„Morning Post“ vom 14. Juli berichtet darüber: James Falconer teilte den Aktionären mit, daß bisher an Einzahlungen auf Aktien und Darlehen seitens der Regierung 1 018 000 Pfund Sterling eingegangen. Die vorläufigen Ausgaben betrugen 9000 Pfund, so daß 1 009 000 Pfund zur Verfügung bleiben. Von diesem Betrage werden 422 000 Pfund entnommen, um das Unternehmen von Read Holiday u. Sons, Huddersfield, anzukufen. Das Read Holiday-Geschäft wurde bereits gekauft und wird seit der Vertragsunterzeichnung für Rechnung der britischen Farbstoffgesellschaft geführt.

Im Vergleich zum Vorjahre hat sich die Farbstoffherstellung dieses Werkes an Gewicht verdoppelt. Eine der im Neubau begriffenen Anlagen ist zum großen Teil fertig, wodurch die Herstellung erhöht und eine größere Mannigfaltigkeit an Farbstoffen erzielt wird.

Die Gesellschaft hat den Grundstein für die nationale Versorgung mit Farbstoffen zu legen, um künftig von Deutschland unabhängig zu sein. Die Frage des Verdienstes ist eine ganz untergeordnete. Es sollen noch weitere Werke errichtet werden, auch soll eine Forschungsabteilung eingerichtet werden. Neben dem neugebildeten technischen Ausschuss wurde ein beratender Ausschuss eingesetzt.

Die italienische Anleihe.

Rom, 20. Juli. (B. L. G.) Meldung der Agenzia Stefani. Laut den bei der Generaldirektion der Banca d'Italia bis gestern vormittag eingelaufenen Nachrichten haben die Zeichnungen auf die nationale Anleihe im Königreiche die Summe von

950 Millionen Lire erreicht und werden sich durch die vorgetragenen Zeichnungen bei den Konfunktional-Instituten, welche den Filialen der Banca d'Italia noch nicht haben mitgeteilt werden können, noch erhöhen.

Die diesjährige Welsternte.

„La Croix“ vom 15. Juli gibt an: In den Vereinigten Staaten beträgt die diesjährige Ernte 258 552 000 Zentner, d. h. sie ist etwas besser als im Vorjahre.

In Indien beträgt sie 102 600 000 Zentner, d. i. 19 Millionen mehr als im Vorjahre.

Italiens Ernte von 55 Millionen Zentner ist um 20 Proz. höher. In Tunis ist die Ernte die beste seit 25 Jahren. 1 1/2 Millionen Zentner stehen zur Ausfuhr zur Verfügung.

Getreidebeschlagnahme in Luxemburg.

Auch die luxemburgische Regierung hat die Beschlagnahme des Getreides ausgesprochen. Sie wird aber die Anlieferung der beschlagnahmten Mehl- und Getreidebestände durch eigene Kommissare bewerkstelligen lassen, damit die Gemeindeverwaltungen entlastet werden und ihr Augenmerk mehr auf grundlegende Ermittlungen verwenden können. An allen wichtigen Eisenbahnstationen wird regional eine Sammelstelle errichtet, damit die Transportkosten vermindert werden. Jeder ist befugt, sich zum kommissionarischen Anlauf bei den Behörden zu melden.

Soziales.

Verbot der Beihilfe beim Gewerbebetrieb.

Das Kriegsministerium bringt wie alljährlich zur allgemeinen Kenntnis, daß den Unteroffizieren und Mannschaften der Armee dienlich verboten ist, innerhalb ihrer eigenen oder einer fremden Truppe oder Behörde Zivilpersonen oder den Handwerksmeistern der Truppen und der militärischen Anstalten usw. zur Ausübung des Gewerbebetriebes Beihilfe zu leisten, insbesondere durch Vermittlung oder Erleichterung des Abchlusses von Kaufgeschäften, Versicherungsverträgen und dergleichen.

Den Unteroffizieren und Mannschaften ist befohlen, von jeder an sie ergehenden derartigen Aufforderung ihren Vorgesetzten Meldung zu machen.

Ehrenwort und gute Sitten.

Wiederholt hat das Reichsgericht anerkannt, daß die von dem Leipziger Kärzteverband Ärzten anderlangte Abgabe des Ehrenworts, nur im Sinne des Verbandes tätig zu sein, einen Verstoß gegen die guten Sitten darstellt und nichtig ist. Vom Oberlandesgericht Dresden liegt jetzt eine gleiche Entscheidung vor.

Ein sächsischer Arzt hatte von dem Kärzteverband am 19. Dezember 1910 2000 M. bar dargeliehen erhalten und sich dabei auf Ehrenwort zur Vermeidung einer Vertragsstrafe von 2000 M. für jeden Zuwiderhandlungsfall verpflichtet, innerhalb der nächsten zehn Jahre 1. von einer etwaigen Absicht, sich an einem anderen Orte Deutschlands niederzulassen, vor deren Ausführung dem jeweiligen Vorsitzenden des Kärzteverbandes Mitteilung zu machen, 2. eine Stellung als Arzt in einer Krankenliste, Berufsgenossenschaft, einem Sanitätsverein oder einer ähnlichen Körperschaft nicht ohne Genehmigung des Vorstandes des Kärzteverbandes anzunehmen, sich auch der Bestimmung unterworfen, daß das Kapital ohne vorherige Kündigung sofort fällig werde, wenn er den übernommenen Verpflichtungen zuwiderhandelt. Gegen Ende des Jahres 1913 hatte er auf die Zeit vom 1. Januar 1914 ab ohne Genehmigung des Vorstandes des Kärzteverbandes eine Stellung bei einem Krankentassenverbande angenommen. Der Kärzteverband betrachtete deshalb das Darlehen als fällig sowie die Vertragsstrafe als verwirkt und erhob gegen den Arzt eine dementsprechende Klage.

Das Landgericht wies die Klage ab. Das Oberlandesgericht Dresden bestätigte diese Entscheidung und führte zur Begründung folgendes aus: Es sei davon auszugehen, daß, wenn auch unter besonderen Umständen die Bindung des aus einem Vertrage Verpflichteten durch Ehrenwort zulässig sein könne, doch grundsätzlich die Ehre nicht in vermögensrechtlichen Beziehungen zugunsten anderer verwertet werden dürfe, weil sie als ideales Gut einen Teil des Persönlichkeitsrechts des Menschen bildet und eine Grundlage seiner Existenz sei und daß das auch von der ehrenwörtlichen Bestätigung von solchen Verträgen zu gelten habe, die neben der Förderung von Selbstinteressen die Förderung von Standesinteressen bezwecken. Dieser Grundlag müsse dahin führen, mit dem Landgericht die Verpfändung des Ehrenworts als gegen die guten Sitten verstoßend für unzulässig zu erklären. Der Kärzteverband erstrebe im wesentlichen die Wahrung wirtschaftlicher Interessen und tue das insbesondere auch bei seinem Vorgehen gegenüber den Krankentassen, durch das er neben der freien Kärztewahl vornehmlich eine günstigere Bezahlung der Kassenärzte und damit eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage erzielen wolle. Dadurch, daß er, wie im gegenwärtigen Falle, Ärzte mit Darlehen unterfütze und ihnen dabei die Verpflichtung auferlege, ohne seine Genehmigung keine Stelle als Arzt bei einer Krankentasse oder ähnlichen Körperschaft anzunehmen — wobei die Genehmigung nur verweigert werden dürfe, wenn zwischen einer dieser Körperschaften und ihren bisherigen Ärzten ein Streit über Honorar- oder sonstige Vertragsbestimmungen bestehe — suche er zu verhindern, daß die Krankentassen und ähnlichen Körperschaften Ärzte länden, die auf ihre, dem Kärzteverband nicht genehme Honorierungsbedingungen eingehen, und dadurch zu erreichen, daß sie sich zu Bedingungen herbeilassen, die für die Ärzte günstiger seien. Sein nächster Zweck sei also auf die Durchführung und Sicherung rein wirtschaftlicher Maßnahmen gerichtet. Allerdings solle, wie nicht zu verkennen sei, auf der Grundlage der wirtschaftlichen Besserstellung auch eine ethische und gesellschaftliche Hebung des Kärzestandes herbeigeführt werden, das andere aber nicht daran, daß in erster Linie vermögensrechtliche Interessen bezweckt werden. — Insbesondere bedürfen die noch hinsichtlich der übernommenen Verbindlichkeiten, wonach der besagte Arzt von einer etwaigen Absicht, sich an einem anderen Orte Deutschlands niederzulassen, vor deren Ausführung dem Vorsitzenden des Kärzteverbandes Mitteilung zu machen habe, eine Maßnahme, durch die dem Kärzteverband, wie er angebe, Gelegenheit geboten werden solle, den Arzt vor Uebernahme gesperrter Kassenstellen zu warnen. Es sei nicht anzunehmen, daß die Achtung der Ehre zur Erzielung einer so untergeordneten, der Ueberwachung des Darlehensempfängers dienenden Verpflichtung einzusetzen, gegen die, zumal bei der Länge der Zeit, für die sie übernommen sei, leicht verstößen werden könne, ohne daß eine vorläufige Zuwiderhandlung oder überhaupt ein Verstoß vorliege. Der Schuldner laufe dabei Gefahr, daß der Vortrags der Ehrlosigkeit gegen ihn erhoben werden könne, auch wenn er gar nicht unehrenhaft gehandelt habe. Dem heutigen sittlichen Empfinden widerstrebe es aber, den Schuldner der Gefahr einer solchen Ehrverminderung auszuweichen, nur um dem Gläubiger die Erfüllung einer beliebigen Forderung wirksamer zu sichern, als das mit den Mitteln des gerichtlichen Zwanges geschehen könne. Nur zum Schutze besonderer, wichtiger Interessen könne der Vermögenszwang, den die Verpfändung der Ehre auf den Schuldner ausübe, gerechtfertigt sein, und nur einer wirklich ehrenhaften Handlung dürfe durch eine Verpfändung der Ehre vorgebeugt werden. — Da die Verpfändung des Ehrenworts für die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen gegen die guten Sitten verstoße, sei auch die auf solche Weise erfolgte Uebernahme dieser Verpflichtungen nichtig.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Vor der Schlichtungskommission.

„Und weil keiner von beiden wollte, daß der andere für ihn zählte, zahlte keiner von den beiden.“ Nach Heines alliger Schmutz haben Unternehmer und Kolonnenführer gehandelt, wie sich am Dienstag vor der Schlichtungskommission für Mitarbeiterleistung herausstellte. Die Firma Fischer hatte einem Kolonnenführer (Vorarbeiter) Soldatenröcke zur Fertigstellung übergeben zum Preise von 6,71 M. pro Stück. Die Firma erhielt selbst 7,71 M. Der Firmeninhaber erklärte, dabei nichts verdient zu haben. „Dann hätten Sie es nicht übernehmen sollen“, sagte ihm der anwesende Major vom Arbeitsratsamt, „das Amt bezahlt pro Stück 8,70 M. Da ist die Arbeit jedenfalls wieder vorher durch mehrere Hände gegangen.“

Der Kolonnenführer bezeichnete sich auf eine Frage des Magistratsrats als Arbeitgeber. Kunde vom Verband der Schneider, als Vertreter der tagelöhner Arbeiter, erklärte dies für irrig. Die Arbeitskräfte seien vom Zentralarbeitsnachweis stets nur an die Firma Fischer vermittelt worden, was nachgewiesen werden könne. Fischer sei demnach einzig und allein haftbar für die Erstattung der Kassenbeiträge. Der Unternehmer dagegen behauptete, daß zur Zahlung der Beiträge der Kolonnenführer verpflichtet worden sei und ihn das nichts angehe. Der Kolonnenführer wiederum sagte aus, er habe sich um die Kassenbeiträge nicht gekümmert und sei ihm nie eine derartige Rechnung präsentiert worden.

Die Klage endete mit einem Vergleich. Der Unternehmer zahlt die Beiträge und noch das Restgehalt von 215 M. für mehrere Arbeiterinnen zu Händen Kunges. Der Kolonnenführer gibt, für den Fall, daß er von dem Unternehmer Projekte erhalten hat, 25 Proz. davon an diesen zurück. Zur Feststellung der Höhe der beiderseitigen Summen tritt eine paritätische Unterkommission zusammen. Sollten sich die Parteien nicht einigen, so tritt die Kommission unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz zusammen, der dann die Entscheidung fällt.

Deutsches Reich.

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Als der Krieg begann, herrschten die größten Besorgnisse wegen seiner Wirkungen auf das gesamte Baugewerbe und die Bauindustrie. Diese Besorgnisse sind zum Teil auch eingetreten, indem die Bauindustrie bis auf ein Weniges zurückgegangen ist. Die private Bauindustrie ruhte bald fast ganz und gar, aber auch die öffentliche Bauindustrie ging sehr stark zurück. Besonders sorgenvoll blickte man auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes im Baugewerbe: man befürchtete ein riesiges Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Und in der Tat, in den ersten Monaten war gerade im Baugewerbe die Arbeitslosigkeit ganz besonders hoch. Nur langsam ging sie im Jahre 1914 zurück, um dann im Laufe des Jahres 1915 um so auffälliger zu fallen. Die Bewegung der Arbeitslosenziffern nach der Statistik des Deutschen Bauarbeiterverbandes zeigt folgendes Bild. Sie betrug am Ende des Monats in Prozent der Mitgliederziffer:

Monat	1914	1915
Aug. 14. Sept.	15,8	11,2
Oktober	9,0	9,5
November	9,8	14,1
Dezember	11,4	7,4
Januar	2,6	1,7

Der Rückgang im laufenden Jahre ist ganz besonders auffallend. Es sei darauf verwiesen, daß im Mai 1914 die entsprechende Arbeitslosenziffer sich auf 1,8 Proz. stellte, also etwas höher war als im laufenden Jahre. Noch deutlicher zeigt sich die relative Besserung am Arbeitsmarkt, wenn wir die Bewegung des Andranges in den ersten fünf Monaten dieses Jahres mit dem Andrang im Vorjahre vergleichen. Es kamen auf je 100 offene Stellen Arbeitsuchende:

Monat	1914	1915
Januar	921,7	963,5
Februar	428,3	252,1
März	181,0	157,8
April	189,7	189,7
Mai	137,3	125,9

Die günstigere Verfassung des Marktes im laufenden Jahre ist aus dieser Zifferreihe sofort ersichtlich. Selbstverständlich ist diese relative Besserung keineswegs auf die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zurückzuführen, vielmehr ist einmal zu berücksichtigen, daß das Baugewerbe einen sehr großen Teil seiner Angehörigen im Felde zu stehen hat; eine stark verringerte Bauindustrie würde dann immer noch hinreichen, um die Zurückbleibenden zu beschäftigen. Aber man darf bezweifeln, daß damit allein die günstige Lage des Arbeitsmarktes erklärt ist. Vielmehr ist als weiterer Umstand zu berücksichtigen, daß sehr viele Arbeitskräfte, die sonst im Baugewerbe tätig sind, sich an andere Berufe zugetrieben haben. Daraus erklärt sich zum Teil auch der Gegenstand in der Bewegung der Arbeitslosenziffern und der Andrangsziffern. Vor allem dürften sehr viele Bauarbeiter in diesem Jahre in der Landwirtschaft tätig sein, aber auch viele Zweige der Warenherstellung haben zahlreiche Bauarbeiter aufgenommen. Besonders stark hat von Januar bis Mai der Andrang am Arbeitsmarkt für Bauarbeiter in Pommern, in der Provinz Sachsen, in Braunschweig, Thüringen, in Oldenburg, in Schleswig-Holstein und in Westfalen abgenommen. In allen den genannten Landesstellen war der Andrang so niedrig, daß die Nachfrage nach Bauarbeitern nicht immer befriedigt werden konnte. Es sind gerade die Landesstellen, in denen die Bauarbeiter sich besonders der Landwirtschaft zugetrieben haben dürften. Unter dem Reichsdurchschnitt stand der Andrang im Mai dann noch in folgenden Landesstellen: Posen, Schlesien, Hannover, Rheinlande, Hessen-Rassau, Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen. Dagegen blieb er noch mehr oder weniger hoch über dem Reichsdurchschnitt in Ost- und Westpreußen, in Ost- und Westfalen, in Brandenburg einschließlich Groß-Berlins, in Hessen und in den Stadtgebieten Lübeck und Hamburg. Wenn auch ein solcher Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage nicht erfolgt ist, aus einer Reihe von Gründen auch nicht erfolgen kann, so hat sich doch die Gestaltung des Arbeitsmarktes im Laufe des Krieges und ganz besonders im laufenden Jahre über Erwarten günstig entwickelt, obwohl die Bauindustrie selbst bis auf ein Minimum zurückgegangen ist. Damit können die schlimmen Befürchtungen wegen einer übermäßigen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe während der Dauer des Krieges in der Hauptsache nummehr als gänzlich hinfällig bezeichnet werden.

Gewerkschaftler-Frauen.

Wir berichteten schon mehrfach, daß die Frauen von eingezogenen Gewerkschaftlern deren notgedrungen verlassene Arbeit sofort da aufnahmen, wo der Eingezogene sie liegen lassen mußte. Der Fleischerverband kann wieder mehrere solcher Fälle verbuchen.

In Rürnberg, woselbst vor dem Krieg eine der besten Zählstellen des Fleischerverbandes bestand, hat der weitaus größte Teil der Mitglieder zum Heeresdienst einrücken müssen, dabei auch gleich zu Anfang der Bezirksleiter Weiß. An dessen Stelle erledigte das Mitglied Bernreuther bereitwillig und mit Erfolg die Verbandsgeschäfte, wogegen Bernreuther Sekretär, Arbeitersekretär, die Kassengeschäfte übernahm. Bernreuther ist jetzt auch eingezogen, da darf man es begrüßen, daß seine Frau mit ebensolchem Eifer die Arbeiten ihres Mannes für den Verband ausführt.

In Rortorf mußte der Vertrauensmann Clausen des Fleischerverbandes jetzt auch einrücken. Seine Frau erklärte sich ebenfalls gern bereit, die Kassengeschäfte zu übernehmen.

Der Fleischer-Verband ersucht die Mitglieder des Fleischerverbandes, den Frauen die Verbandsgeschäfte nicht unnützlich zu erschweren, sondern selbst noch mitzuhelfen und die Mithilfe dieser Frauen zu schätzen.

Der neue Straßenbahntarif.

Nach dem letzten Vertrage der Großen Berliner Straßenbahn mit der Stadt Berlin vom Jahre 1911 ist der Straßenbahn eine Tarifierhöhung vom Jahre 1920 zugestanden worden bis 5 Kilometer Fahrstrecke 10 Pf., bis 10 Kilometer 15 Pf. und weiter hinaus 20 Pf. erheben zu dürfen. Die von der Direktion der Gesellschaft schon jetzt geforderte Tarifierhöhung geht über die vom Jahre 1920 ab zu erhebenden Tariffätze weit hinaus. Die Wirkung der vorgeschlagenen Tariffätze haben wir gestern bereits an der Hand einer Veröffentlichung eines Groß-Berliner Kommunalbeamten veranschaulicht. Heute seien noch folgende Ergänzungen zur Illustration angefügt, aus denen hervorgeht, wo in Zukunft die 10 Pfennigstrecken ihr Ende finden.

Neukölln, Britz, Rudow und Buckow.

Linie 7: Neuer Gemeindefriedhof—Hermannsplatz 5,3 Kilometer; Derttha, Ede Hermannstraße—Kaiser-Friedrich-Platz 4,4 Kilometer; Neukölln, Ringbahnhof—Blücherplatz 4,7 Kilometer; Berg, Ede Richardstraße—Anhalter Bahnhof 4,7 Kilometer; Hermannsplatz—Potsdamer Platz 4,8 Kilometer.

Linie 21: Britz, Rathaus—Kaiser-Friedrich-Platz 4,9 Kilometer; Bahnhof Hermannsplatz—Blücherplatz 4,8 Kilometer; Steinmeyerstraße—Anhalter Bahnhof 4,8 Kilometer.

Linie 28: Buckow—Bahnhof Hermannsstraße 5,1 Kilometer; Triftstraße—Hermannsplatz 4,9 Kilometer; Britz, Rathaus—Rottbuscher Brücke 5,2 Kilometer; Bahnhof Hermannsstraße—Dresdener Straße 4,9 Kilometer; Hermanns, Ede Steinmeyerstraße—Jannowitzbrücke 4,9 Kilometer; Hermannsplatz—Häckerler Markt 5,4 Kilometer.

Linie 47: Rudow, Dorfstraße—Britz, Jahnstraße 6 Kilometer; Rudow, Industriebahn—Neukölln, Ringbahnhof 5,9 Kilometer; Neukölln, Krankenhaus (Buckow)—Hermannsplatz 6 Kilometer; Britz, Jahnstraße—Rottbuscher Brücke 4,8 Kilometer; Neukölln, Ringbahnhof—Potsdamer Platz 4,6 Kilometer; Berg, Ede Richardstraße—Spittelmarkt 4,6 Kilometer.

Linie 53: Neukölln, Hermannsstraße, Ede Steinmeyerstraße—Friedrichs, Ede Kochstraße 5,8 Kilometer; Hermannsplatz—Charlotten-, Ede Französische Straße 4 Kilometer.

Treptow.

Linie 88: Treptow, Spreetunnel—Dresdener Straße 5,4 Kilometer; Eisenstraße—Spittelmarkt 4,6 Kilometer; Schleifische Brücke—Charlotten-, Ede Leipziger Straße 4,7 Kilometer.

Linie 87: Treptow, Ringbahnhof—Spittelmarkt 4,7 Kilometer.

Lichtenberg und Friedrichsfelde.

Linie 64: Gudrunstraße—Petersburger Straße 5,7 Kilometer; Köderplatz—Alexanderplatz, Stadtbahnhof 4,8 Kilometer; Ringbahnhof Landsberger Allee—Spittelmarkt 4,4 Kilometer.

Linie 66: Köllendorferstraße—Alexanderplatz 5,4 Kilometer; Zentralviehhof—Röllnicher Fischmarkt 4,8 Kilometer.

Linien 69 und 70: Friedrichsfelde—Thaerstraße 5,5 Kilometer; Rosenfelder Straße—Strandberger Platz 5,2 Kilometer; Gubertusstraße—Alexanderplatz 5,9 Kilometer.

Weißensee.

Linien 59 und 62: Weißensee, Rennbahnstraße—Königsstor 4,9 Kilometer; Weißensee, Schloß—Alexanderplatz 4,8 Kilometer; Weißensee, Ledderstraße—Röllnicher Fischmarkt 4,9 Kilometer.

Linien 60 und 73: Rennbahnstraße—Pöper Straße 6 Kilometer; Prenzlauer Promenade—Schloßplatz 4,7 Kilometer.

Pankow, Niederschönhausen.

Linien 36 und 37: Schönholz—Vernauer Straße 4,5 Kilometer; Pankower Allee—Alte Schönhauser Straße 5,1 Kilometer; Wertheimer—Alexanderplatz 4,5 Kilometer.

Linie 45: Pankow, Breite Straße—Schönhauser Tor 4,8 Kilometer; Lindenpromenade—Alexanderplatz 4,6 Kilometer.

Linie 47: Nordend—Ringbahnhof Schönhauser Allee 4,9 Kilometer; Niederschönhausen, Friedensplatz—Pappelallee 4,6 Kilometer.

Reinickendorf, Wittenau, Tegel.

Linien 25 und 26: Tegel, Hauptstraße—Dfener Straße 6 Kilometer; Tegel, Vorkstraße—Seestraße 5,8 Kilometer; Eichbornstraße—Weddingplatz 4,8 Kilometer; Scharnweber, Ede Berliner Straße—Schwarzpflasterstraße 4,6 Kilometer.

Linie 28: Wittenau, Nordbahnhof—Dfener Straße 5,2 Kilometer; Daldorf—Weddingplatz 5,3 Kilometer.

Schöneberg, Friedenau, Steglitz, Lichterfelde.

Linie 40: Effenader Straße—Charlottenstraße 5 Kilometer; Linie 50: Wartburgplatz—Brandenburger Tor 5 Kilometer; Moyastraße—Karlplatz 4,8 Kilometer.

Linie 59: Lichterfelde, Händelpfad—Kaiser-Wilhelm-Platz, Schöneberg 5,1 Kilometer; Friedenau, Kaiserliche—Anhalter Bahnhof 5,7 Kilometer; Ebersstraße—Friedrichstraße 5,5 Kilometer; Kaiser-Wilhelm-Platz—Spittelmarkt 5,4 Kilometer.

Linie 60: Rudensstraße—Potsdamer Ede Wilowsstraße 5,9 Kilometer; Friedenau, Kaiserliche—Linsstraße 6,1 Kilometer; Welsiger Straße—Charlottenstraße 5,7 Kilometer; Moya—Ede Martin-Lutherstraße—Schloßplatz 5,2 Kilometer.

Linie 61: Steglitz, Bergstraße—Potsdamer, Ede Wilowsstraße 6 Kilometer.

Linie 66: Friedrich-Wilhelm-Platz, Friedenau—Magdeburger Platz 5,7 Kilometer; Kaiserplatz—Linsstraße 6,1 Kilometer.

Linie 69: Südwestforst—Wilow, Ede Potsdamer Straße 5,2 Kilometer.

Linie 71: Wartburgplatz—Charlottenstraße 5 Kilometer; Winterfeldtplatz—Röllnicher Fischmarkt 4,8 Kilometer.

Linie 72: Götterstraße—Charlottenstraße 5,2 Kilometer; Linie 74: Bahnhof Ebersstraße—Charlottenstraße 5,2 Kilometer; Kaiser-Wilhelm-Platz—Spittelmarkt 4,6 Kilometer.

Linie 87: Steglitz, Stadtpark—Kaiser-Wilhelm-Platz, Schöneberg 4,5 Kilometer; Steglitz, Bergstraße—Wilowsstraße 5,4 Kilometer.

Tempelhof, Mariendorf, Lankwitz.

Linien 70, 78 und 96: Mariendorf, Dorfstraße bezw. Lichteraber Chauffee—Vergamannstraße 5,8 bezw. 6,2 Kilometer; Mariendorf, Eisenacher Straße—Blücherplatz 5,5 Kilometer; Tempelhof, Friedrichs-Karl-Straße—Koch-, Ede Friedrichstraße 5,8 Kilometer; Tempelhof, Ringbahnhof—Charlotten-, Ede Französische Straße 5 Kilometer; Dreibundstraße—Alexanderplatz 5,1 Kilometer.

Linie 99: Lichterfelde, Kranoldplatz—Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Straße 6,4 Kilometer; Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-, Ede Marienstraße—Tempelhof, Ringbahnhof 6,4 Kilometer; Bahnhof Eidenbe—Vergamannstraße 6,2 Kilometer; Marienhöhe—Blücherplatz 5,9 Kilometer und so fort.

Wie aus diesen Beispielen hervorgeht, wird die in Aussicht genommene Verteuerung des Verkehrs eine recht große werden. Zwar erklärt die Direktion der Straßenbahn, daß „nur 15 Prozent“ des fahrenden Publikums von der Verteuerung betroffen werde, allein ein Trost ist dieser Einwand für die Benutzung der Straßenbahn nicht. Man zweifelt nicht daran, daß die Große Berliner ihre Ansprüche von vornherein höher gefordert hat als sie in Wirklichkeit zu erreichen hofft und daß sie bereit ist, mit sich reden zu lassen. Aber auch in diesem Falle bleibt die Last der Verkehrsverteuerung bestehen. Man bedenke aber auf jeden Fall jede Verteuerung des Verkehrs zugleich eine Einschränkung und sie muß deshalb auch von diesem Gesichtspunkte aus entschieden zurückgewiesen werden. Die Große Berliner Straßenbahn ist ein rein kapitalistisches Unternehmen; es ist bestrebt, die Dividende in der gewöhnlichen Höhe zu halten. Deshalb die neue Reform, für die das fahrende Publikum die Kosten bezahlen soll. Es zeigt sich hier von neuem, daß der öffentliche Verkehr nicht privaten Verkehrs-

geschäften überlassen werden darf. Er gehört in die Hand der Gemeinde, für die in erster Linie Verkehrsinteressen maßgebend sein müssen.

Die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am Montag einstimmig beschlossen, den Magistrat aufzufordern, die beabsichtigte Erhöhung der Tarife der Großen Berliner Straßenbahn mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 279 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Gouvernement Köln.

Infanterie usw.: Garde 2., 4. und 5. Garde-Reg. 3. P.; Gren.-Regimenter Alexander, Franz, Elisabeth, Augusta und Nr. 5; Garde-Fuß.-Reg.; Garde-Reg.-Jäger-Bat. Lehr-Inf.-Reg. Gren., bezw. Inf., bezw. Fuß.-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 5, 8, 15, 16, 18 (f. Erf.-Inf.-Reg. v. Reinhard), 19 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 23), 21, 22, 23, 30, 33, 39, 43, 44 (f. Erf.-Inf.-Reg. Det.), 48, 49, 52 bis einschl. 57, 59, 61, 62, 63, 65 bis einschl. 70, 72, 74, 77, 78, 82, 85, 86, 88, 89, 90, 91, 93, 97, 98, 99, 110, 112, 114, 117, 131, 132, 135, 137, 141, 142, 143, 145, 146, 147, 148, 152, 153, 155, 158, 159, 160, 161, 164, 165, 167, 170, 171, 175, 176, 186, 187, 189, 330, 334. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 3, 7, 8, 15, 17, 18, 19, 26, 31, 34, 35, 39, 59, 61, 64, 74, 76, 79, 81, 82, 83, 87, 91, 109, 110, 118, 180, 182 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 61), 201, 208, 221, 222, 223, 225, 226, 228, 230, 231, 232, 233, 236, 238, 250, 251, 252, 257, 265, 270. Erf.-Inf.-Regimenter Det. und v. Reinhard. Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 2, 4, 7, 8, 21, 23, 24, 27, 28, 30, 35, 40, 47, 49, 52 (f. Inf.-Reg. Nr. 334), 60, 65, 66, 71, 75, 85 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 79), 100, 110. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 8. Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 14, 16, 27, 33, 40. Landw.-Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 88, 42 (f. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 8). Landst.-Inf.-Bataillone: 1. Frankfurt a. O., 1. Hagenau, 2. Borsach. 2. Landst.-Inf.-Erf.-Bat. Genl. Jäger-Bat. Nr. 11; Ref.-Bataillone Nr. 5 und 6. Radf.-Komp. der 11. Landw.-Div. Feld-Raschinengewehr-Züge Nr. 108 (f. Inf.-Reg. Nr. 132), 110 (f. Inf.-Reg. Nr. 74), 156 (f. Brig.-Erf.-Bat. Nr. 27); Festungs-Raschinengewehr-Abteilungen Nr. 2, Nr. 14 Königsberg und Nr. 78.

Kavallerie: 2. Garde-Drägoner; 2. Garde-Ulanen; Kürassiere Nr. 7; Drägoner Nr. 12; Husaren Nr. 8, 14, 15; Ulanen Nr. 1 (f. Kav.-Reg. v. Wedel), 8, 10, 11; Jäger zu Pferde Nr. 1 (f. Kav.-Reg. v. Wedel), 2, 7, 8, 13; Reg. v. Wedel; 1. Landst.-Eskadron des 14. Armeekorps; Ref.-Abt. Nr. 47.

Feldartillerie: 1., 2. und 3. Garde-Reg.; Regimenter Nr. 11, 14, 15, 20, 26, 31, 46, 47 (f. Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 22), 56, 57, 221; Ref.-Regimenter Nr. 22 und 36.

Fußartillerie: Regimenter Nr. 1, 7, 10, 15, 20; Ref.-Regimenter Nr. 1, 8 (Stempel), 18; 4. Ref.-Batterie Nr. 22; Schwere Feld-Haubitz-Batterie Nr. 249.

Pioniere: 1. Garde-Bat.; Regimenter Nr. 18, 23, 29, 31; Bataillone: 1. Garde-Bat.; Regimenter Nr. 18, 23, 29, 31; Bataillone: I. Nr. 1, I. Nr. 5, I. Nr. 6, II. Nr. 8, II. Nr. 10, II. Nr. 15, I. Nr. 16, I. Nr. 27, III. Nr. 28; Erf.-Bat. Nr. 10; Komp. Nr. 213; Ref.-Kompagnien Nr. 44 und 48; 2. Landw.-Komp. des 4. sowie 1. und 3. des 6. Armeekorps. Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 146; Schwere Minenwerfer-Abt. Nr. 6.

Verkehrstruppen: Eisenbahn-Baukomp. Nr. 24. Fernsprech-Doppelzug Nr. 121; Erf.-Fernsprechzug Nr. 6 der 4. Landw.-Div. Feldfliegertruppe. Kraftfahr-Bat.

Train: Magazin-Fußparkkolonne Nr. 1 der 35. Ref.-Div., Nr. 2 der 1. Inf.-Div. Etappen-Wägereikolonne Nr. 5 der Arme-Abt. v. Stranck. Pferdelaqarett Brandenburg a. O.; Erf.-Pferde-depot des 4. Armeekorps.

Munitionskolonnen: Inf.-Munitionskolonne Nr. 2 des Gardekorps; Art.-Munitionskolonne Nr. 9 des Garde-Reservekorps; Fuß-artillerie-Munitionskolonne Langenidel.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Komp. Nr. 2 des 6. und Nr. 2 des 14. Armeekorps; Ref.-Sanitäts-Komp. Nr. 47; Festungs-Sanitäts-Komp. Thorn. Feldlaqarett Nr. 1 des 11. Armeekorps; Ref.-Laqarett Schöck.

Armierungs-Bataillone. Artilleriedepot Darmstadt.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 203 meldet Verluste der Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 3, 7, 10, 15; Landst.-Inf.-Bataillone Augsburg II, Hof, Kissingen, Weilheim; 1. Schmezer Reiter-Reg., München; Ref.-Kav.-Regimenter Nr. 1, 6, 2, 5, 10. Feldart.-Reg.; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 1, 10; Erf.-Feldart.-Abt.; 2. Fußart.-Reg. Reg.; Ref.-Fußart.-Regimenter Nr. 1, 2, 3; Ref.-Fußart.-Bat. Nr. 6; Pionier-Reg.; 1. Pionier-Bat.; 2., 3. Pionier-Bat.; Pionier-Komp. Nr. 20; Ref.-Pionier-Bat. Nr. 2, 3, 4; Ref.-Pionier-Komp. Nr. 6; 2. Landw.-Pionier-Komp. des 2. Armeekorps; 1. Landw.-Pionier-Komp. des 3. Armeekorps; 2. Pionier-Erf.-Komp. (1. Pionier-Bat.); Pionier-Part.-Komp. Nr. 6 des 2. Armeekorps; 2. Landst.-Pionier-Komp. des 1. Armeekorps; Armierungs-Bat. Nr. 2; Etappen-Kraftwagen-Kolonne Nr. 3 (6. Armee); Etappen-Kraftwagen-Part. 6; Sanitäts-Kompagnie 1 des 2. Armeekorps; Verichtigungen zu den Verlustlisten Nr. 1 mit 185 (Unvermittelte) und weitere Verichtigungen.

Die sächsische Verlustliste Nr. 172 enthält Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 100, 107, 133, 179; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 100, 102, 104, 107; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 100, 101, 133; Erf.-Inf.-Regimenter Nr. 23, 24, 32, 40; Erf.-Bataillone: Ref.-Reg. Nr. 100; Inf.-Reg. Nr. 329; Landw.-Reg. Nr. 100.

Feldart.-Reg. Nr. 78.

Fußart.-Regimenter Nr. 12, 19; Bat. Nr. 58; Ref.-Bat. Nr. 19. Pionier-Bataillone: I. Nr. 22; II. Nr. 22; Ref.-Komp. Nr. 53; Pionier-Abt. der 8. Kav.-Div.; Mittlere Minenwerfer-Abt. Nr. 192; Schwere Minenwerfer-Abt. Nr. 22.

Ref.-Fernsprech-Abt. Nr. 12, 12. Ref.-Armeekorps. Ref.-Eisenbahn-Baukompagnien Nr. 7, 8; Mobile Bahnhofskommandantur Nr. 2, 12. Armeekorps.

Etappen-Wägereikolonne 2, 12. Armeekorps. 2. Munitionskolonnen-Abt., 12. Armeekorps; Staffelfab 158. Armierungs-Bataillone Nr. 21, 23.

Sanitäts-Kompagnien 2, 19. Armeekorps; Sanitäts-Komp. Nr. 58; Ref.-Feldlaqarett Nr. 6, 12. Ref.-Armeekorps.

Schwere Probant-Kolonne Nr. 4, 19. Armeekorps; Probant-Kolonne Nr. 2, 58. Inf.-Div.; Train-Erf.-Abteilungen: 1. Nr. 12; 2. Nr. 19.

Arriegesbekleidungsamt 19. Armeekorps.

Die Sonder-Verlustliste des Deutschen Heeres Nr. 7 enthält 19 Abbildungen unermittelter Gefallener.

Aus Groß-Berlin.

Lebensmittelwucher.

Die Preise für die notwendigsten Lebensmittel haben eine Höhe erreicht, die notwendigerweise zu einer noch größeren Unterernährung weiter Volksschichten führen muß, als das bisher schon der Fall war. Die Verordnungen des Oberkommandierenden der Marken gegen Wucherpreise sind von besten Absichten diktiert, es ist aber kaum anzunehmen, daß der angeordnete Aushang der Verkaufspreise allein Wucherpreise einzahlt gebieten kann. Der Kleinhändler ist auf den Großhändler angewiesen und ihm vollständig ausgeliefert. Sind diesem keine Schranken gesetzt, kann der Kleinhändler keine billigen Waren liefern. Aber selbst wenn den Großhändlern Verkaufspreise vorge-

schrieben werden, so werden die Bekannten durch Zurückhaltung der Kartoffeln hervorgerufenen unerhörten Preissteigerungen sich auch noch nicht vermindern. Die heutige Lebensmittelversorgung der Bevölkerung ist zum Spekulationsobjekt bestimmter Interessentengruppen geworden und diesem Umstande ist die Ausbeutung der Bevölkerung zu danken. Selbst der „Lokal-Anzeiger“ sagt zu der neuen Verordnung u. a.:

„Das reicht aber keineswegs aus, um den bestehenden Uebelständen abzuhelfen. Der Straßenhandel, der an und für sich durch die mit dem Kriege verknüpften Umstände naturgemäß gleich den meisten anderen Arbeitszweigen beeinträchtigt ist, wird in zahlreichen Fällen durch die kleinen Laden- und Kellergeschäftsinhaber oder deren Angehörige betrieben und ist vielfach von den Großhändlern abhängig. Dem Großhandel ist aber an einem starken Sinken der Preise nichts gelegen. Wenn der Markt reichlich beschickt ist, hält der Großhändler die Ware zurück, weil er damit rechnet, daß es, wenn der Preis einmal heruntergeht, nachher schwer fällt, ihn wieder heraufzujagen. Der Großhändler leht darum unter Umständen ansehnliche Austräge, die an ihn gelangen, kurzerhand ab. Es ist Tatsache, daß große Gemüsezüchter in der Nähe von Berlin vor mehreren Wochen Tausende von Zentnern verkaufsfähigen Spinats (der zur Zeit gerade besonders gut schloß) untergepflegt haben, weil sie auf dem Berliner Markt eine ihnen annehmbar erscheinende Abzagelegenheit nicht fanden. Die Großhändler, denen die Ware angeboten war, hatten aus den angegebenen Gründen den Kauf abgelehnt. Genau dasselbe hat sich zur gleichen Zeit mit Weißkohl abgespielt. Derartige Vorkommnisse beweisen die Unzulänglichkeit der bestehenden Einrichtungen unüberleglich. Nach unerer Auffassung, die, wie wir wissen, von weiten Kreisen geteilt wird, ist es eine unabweißbare Pflicht der zuständigen Behörden, sofort Vorkehrungen dafür zu treffen, daß die jederzeitige Aufnahme der auf dem Markt nicht unterzubringenden Bestände wertvoller Nahrungsmittel gesichert, deren Vernichtung ein für allemal ausgeschlossen wird.“

Dieser Artikel fügt die genannte Zeitung den Vorschlag hinzu, daß man unter Umgehung des Großhandels ein engeres Verhältnis zwischen Verbrauchern und Erzeugern herstellen müsse, und zwar unter Führung der Gemeinden. Was anderwärts sich bewährt habe, sei auch für Berlin und die großen Nachbargemeinden angebracht.

Inzwischen will der „Verein zur Förderung des Obst- und Gemüsebaues“ in Berlin Verkaufsstellen einrichten, um preiswundernd und preisregulnd zu wirken. Noch im Laufe dieses Monats sollen in allen Teilen Groß-Berlins Verkaufsstellen in leeren Läden eingerichtet werden, in denen die Hausfrauen Kartoffeln, Gemüse und Obst durch Vermittlung des Verbandes direkt von den Züchtern kaufen können. Der Preiszuschlag soll nur ein geringer sein, um die Selbstkosten zu decken. Der Verband will auch an die Verwaltungen der großen Städte herantreten, damit die Gemeinden, ohne den verteuerten Zwischenhandel, ihren Bürgern Gemüse billig liefern können. Die Kleinhändler sollen durchaus nicht ausgeschaltet werden, auch sie können von dem Verband Ware bekommen, die sie zu festgesetztem Preise an ihre Kunden abgeben können. Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich Berlin, Unter den Linden 3.

Es wird abzuwarten sein, welche Preise der genannte Verein für seine Produkte erhebt und ob in der Tat eine nennenswerte Herabsetzung der Preise eintritt. Immerhin aber müssen großzügige Maßnahmen getroffen werden, um der weiteren Ausnutzung des Volkes entgegen zu wirken.

Bekanntmachung.

A m t l i c h. Berlin, den 20. Juli. (B. L. B.) Auf Grund der §§ 4 und 9, Ziffer b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimme ich für das Gebiet der Stadt Berlin und die Provinz Brandenburg:

Die Herstellung von Schmutzgegenständen aus kupfernen Führungsbändern von Artilleriegeschossen sowie die Aufforderung zur Einlieferung solcher Führungsbänder wird verboten.

Wer das Verbot übertritt oder zu solcher Uebertretung auffordert oder anreizt, wird, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.

Diese Anordnung tritt sofort mit ihrer Verkündung in Kraft.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.
gez. v. K e s s e l, Generaloberst.

Der städtische Schweinefleischverkauf wird, vielfach geäußerten Wünschen entsprechend, von der nächsten Woche ab an sämtlichen Tagen stattfinden. Der Magistrat hat die Fleischmenge, die an den einzelnen Käufer pro Kopf seines Haushaltes abgegeben werden kann, auf 1 1/2 Pfund erhöht. Der Bezug ist nach wie vor nur gegen Vorlegung von Ausweisarten gestattet, welche von den städtischen Protokommissionen abgegeben werden. Die neuen Ausweisarten enthalten für die Woche 6 Abschnitte, die auf je 1/4 Pfund lauten. Zugelassen zum Verkauf wird in der Folge nur, wer sich verpflichtet, anderes frisches Schweinefleisch neben dem städtischen in seinem Verkaufslokal nicht feilzuhalten. Die Liste der Verkaufsstellen wird am Ende dieser Woche veröffentlicht werden. Anmeldungen von Weiterverkäufern sind im städtischen Lebensmittelbureau, Stralauer Str. 3/6, 1 Treppe, bis Donnerstag, den 22. Juli, anzubringen. Die neuen Ausweisarten werden von nächstem Sonnabend ab ausgegeben. Bis dahin behält es bei den bisherigen Bestimmungen sein Belieben.

Bestandsmeldung und Verwertung von Kupfer.

Das Oberkommando in den Marken veröffentlicht eine Bekanntmachung betreffend Bestandsmeldung und Verwertung von Kupfer in Fertigfabrikaten. Die Verfügung tritt am 20. Juli 1915, nachts 12 Uhr, in Kraft. Maßgebend für die Bestandsaufnahme ist der am 27. Juli 1915, nachts 12 Uhr, vorhandene Bestand. Die Einreichung der Meldungen hat je nach der Gesamtmenge des gemeldeten Kupfers bis zum 10., 15. und 20. August 1915 zu erfolgen.

Herabsetzung der Polizeistunde. Polizeiliche Feststellungen hatten ergeben, daß im Lokal des Herrn L. zu Berlin bei Einträgen von 20 bis 40 Pf. gemauschelt worden war. Mit Bezug darauf wurde dem Wirt die für sein Lokal geltende ziemlich späte Polizeistunde auf 11 Uhr abends herabgesetzt. Er klagte auf Aufhebung der Verfügung und machte geltend, daß er von dem Mäuscheln keine Kenntnis gehabt habe. Er fenne auch das Spiel „Mäuscheln“ gar nicht. Der Bezirksauschuss wies die Klage ab und das Oberverwaltungsgericht befähigte das Urteil. Eine Herabsetzung der gewöhnlichen späten Polizeistunde könne eintreten, wenn polizeiliche Gründe dafür vorlägen. Das müsse aber hier angenommen werden. Es sei festgestellt worden, daß im Lokal gemauschelt wurde. Hierbei handele es sich um ein Gläs-

Gerichtszeitung.

Die entflohene Kriegerfrau.

Zu einem heftigen Kampfe zwischen einem Schutzmann und einem Einbrecher war es in den Mittagsstunden des 26. Mai in dem Hause St. Frankfurter Straße 142 gekommen. Der seinerzeit festgenommene Verbrecher, der vielfach vorbestrafte Bruno Bräuer, hatte sich nun gestern vor der 3. Ferienkammer des Landgerichts I zu verantworten.

Als an jenem Tage die in dem genannten Hause wohnhafte Frau Stachel nach Hause kam, fand sie zu ihrem Entsetzen die Korridortür unverschlossen vor. Sie ging in die Wohnung hinein und sah schon vom Korridor aus das Jodett ihres Mannes auf dem Tisch liegen. Da ihr im Felde befindlicher Ehemann schon vor einiger Zeit geschrieben hatte, daß er vielleicht Urlaub erhalten würde, glaubte sie, daß dieser plötzlich zurückgekommen sei und sie nun überraschen wolle. In freudigem Schreck tief sie mehrmals den Vornamen ihres Mannes. Aber „Paul“ meldete sich nicht. Rummel wurde sie ruhig, zumal sie jetzt erst sah, daß die Sachen ihres Mannes zum Mitnehmen fertig gemacht waren. Sie lief schleunigst aus der Wohnung, hatte aber die Geistesgegenwart, die Tür von außen zuzuschließen und den Schlüssel stecken zu lassen, so daß der nun in der Halle sitzende Einbrecher mit dem Dietrich von innen nicht aufschließen konnte. Der hinzugerufene Schutzmann Langner öffnete dann die Tür, nachdem der Einbrecher himmelhoch gebeten hatte, ihn nicht unglücklich zu machen, da er Vater von fünf Kindern sei. Kaum hatte jedoch der Beamte den Korridor betreten, als ihm der Verbrecher an die Kehle sprang, und nun entstand ein wütender Kampf, der nach Angabe der Zeugen über eine Viertelstunde dauerte, da sich der Einbrecher wie toll wehrte und um sich schlug. Es gelang erst, ihn zu bändigen, als Frau St. aus ihrer Wohnung eine Wäscheleine holte, eine Schlinge machte und diese dem am Boden liegenden Verbrecher um die Beine legte. Das Urteil lautete auf 2 1/2 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Ein Doppelleben.

Ein eigenartiges Doppelleben hat der erst 19jährige Handlungsgehilfe Franz Klingbeil längere Zeit hindurch geführt, der sich gestern unter der Anklage des fortgesetzten Diebstahls vor dem Strafrichter zu verantworten hatte.

Der Angeklagte war seit mehreren Jahren bei einer hiesigen Tuchgroßfirma als Expedient angestellt gewesen. Da er sich stets fleißig und aufmerksam zeigte und seine Arbeit zur vollsten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten verrichtete, hatte er sich allmählich in eine Art Vertrauensstellung hineingearbeitet. Niemand ahnte, daß der stille und bescheidene junge Mann dieses Vertrauen schon seit Jahren mißbraucht und in jeder Woche große Posten Tuche teils selbst wegschaffte, teils an eine fingierte Adresse schaffen ließ, um sie dann sofort an eine Reihe unermittelter geliebter Dilettanten weiterzugeben. Er verschaffte sich damit nach eigener Angabe einen „Rebenverdienst“ von circa 400 M. pro Monat. Die geschädigte Firma schätzte ihren Schaden auf etwa 30 000 M. Im Laufe der Ermittlungen stellte es sich heraus, daß der Neunzehnjährige ein eigenartiges Doppelleben geführt hatte. Mit dem Erlös aus seinen Diebereien hatte er eine luxuriös eingerichtete Bar in der Friedrichstraße erworben, in der des Nachts ein sehr üppiges Leben herrschte. Der 19jährige Handlungsgehilfe hatte sich in den „Herrn Barbiere“ im eleganten Smolting verwandelt. Als nach Kriegsausbruch die Geschäfte schlecht gingen, verlegte er die Bar nach Hermsdorf hinaus, wo er mit seinen verschiedenen Bräutern vergnügliche Abende feierte. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis, das Gericht belieh es mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten, dem die Verurteilung sehr leicht gemacht worden waren, auf 9 Monate Gefängnis.

Ein unaufgeklärter Mord.

Die noch immer nicht aufgeklärte Ermordung der Räherin Frida Aitem, deren Leiche am 25. Juni v. J. in der Falkenhogener Forst bei Finkenkrug aufgefunden wurde, wird binnen kurzem die Ferienkammer des Landgerichts III beschäftigen. Die A. ist das letzte Mal am 17. Juni lebend gesehen worden, als ihre Leiche aufgefunden wurde, war diese schon völlig verwest, und es konnte nur eine Vertümmung des Unterleibes festgestellt werden. Eine Handtasche mit Schlüsseln und anderen Gegenständen, die die A. bei sich führte, wurde vermisst. Die mühseligen Ermittlungen nach dem Täter blieben lange erfolglos; die Sperrung des der Getöteten gehörigen Sparkassenbuches hat dann erst im Oktober zur Ermittlung des unberechtigten Besitzers dieses Buches in der Person des Rentiers, früheren Apothekers Paul Kuhn in Friedenau, eines verheirateten 50jährigen Mannes, geführt. Dieser wollte am 15. Oktober durch eine ihm bekannte Frauensperson, die sich „Aitem“ nennen sollte, von dem Guthaben der A. auf der Weihenferer Sparkasse 135 M. abheben. Bei dieser Gelegenheit wurde er verhaftet. Er bestritt zunächst, die A. gekannt zu haben, doch soll schon festgestellt sein, daß er mit ihr unter dem Namen Adolf Mertens in Briefwechsel gestanden hat. In seiner Wohnung wurden noch mehrere silberne Löffel und Schmuckstücke, die der A. gehörten, vorgefunden. Nach seiner Behauptung will er die Sachen in einem Eisenbahnabteil in der Nähe der Station Schmargendorf gefunden haben. Da diese Angabe völlig unglaubwürdig klang, ruhte auf ihm der Verdacht, die Aitem gewaltsam getötet zu haben, und dieser Verdacht wurde dadurch verstärkt, daß die Verstorbene kurz vor ihrem Tode davon gesprochen hatte, daß sie mit „einem Herrn aus Friedenau“ einen Ausflug nach Finkenkrug machen wollte, ferner, daß am Morgen des 18. Juni Hausbewohner in der Wohnung der A. Schritte gehört haben wollen, sobald die Tafel, daß Kuhn erst nach so langer Zeit versuchte, das Sparkassenguthaben abzuheben und daß er bei seiner Festnahme einen Fluchtversuch machte. So schwer diese Verdachtsmomente wogen, so bestritt Kuhn doch noch wie vor, den Tod der A. verschuldet zu haben, und nachdem durch das Gutachten des Dr. Spanuth und Dr. Jeserich festgestellt war, daß die Todesursache überhaupt nicht mehr aufzuklären war, hatte der Verteidiger des Kuhn den Antrag auf Haftentlassung gestellt. Diesem Antrage ist bisher nicht stattgegeben worden. Dagegen hat die Staatsanwaltschaft auf Grund des Gutachtens der Sachverständigen den gegen Kuhn erhobenen Verdacht des Mordes fallen lassen. Die jetzt erhobene Anklage gegen K. lautet nur noch auf Unterschlagung.

Aus aller Welt.

Das Vermächtnis eines gefallenen Sozialdemokraten.

Die Familie eines Frankfurter Parteigenossen, der kürzlich im Osten gefallen ist, erhielt außer dessen larger Hinterlassenschaft folgenden erschütternden Brief, den er für den Fall seines Todes schon vor der Fahrt ins Feld bei sich getragen hat:

Meine Lieben!

Wenn Ihr diesen Brief erhaltet, bin ich schon in hühler Erde, und bin, so leid es mir tut um Euch, befreit von den Sorgen eines Proletariats. Einzelne Sachen von mir, wie Uhr, Geld usw. werdet Ihr wohl bekommen haben. Dieser mein letzter Brief soll Dir, liebe Marie, nur meine letzten Gedanken und Herzenswünsche übermitteln.

Nach Empfang dieses Briefes behalte vor allen Dingen die nötige Ruhe und handle selbstbewußt. Wenn Du denkst, daß es für Dich und die Kinder besser ist, wieder zu heiraten, dann tue

es. Aber Du kannst mein Andenken nur dann ehren, wenn Du dafür sorgst, daß die Kinder in dem Sinne erzogen werden, wie es von jeher mein Prinzip war. Solltest Du zu Deiner Mutter zurückkehren, wo die Kinder auf Grund der Verhältnisse gezwungen sind, die kirchliche Lehre zu genießen, so gib ihnen, wenn sie alt genug sind, meine Briefe zu lesen, damit sie sich ihres Vaters erinnern und in seine Fußstapfen treten.

Liebe Marie! Sehe alles daran, mitzuhelfen, um die Menschen aufzuklären im Sinne des Sozialismus, denn nur so kann die Menschheit für die Zukunft vor einem solchen entsetzlichen, allen menschlichen Gefühlen widersprechenden Völkermord bewahrt bleiben. Nach Empfang dieses Briefes gehst Du am besten, d. h. wenn meine zweite Vermutung zutrifft, auf das Verbandsbureau damit und sprichst wegen Umzugsunterstützung vor. Ob es geht, weiß ich nicht, weil in den Statuten über solche Fälle keine Bestimmungen sind.

Ruh, Ihr Lieben alle, lebet wohl auf Rimmerwiedersehen. Ich bin ruhig gestorben in dem Bewußtsein, daß meine letzten Wünsche erfüllt werden.

Teile unseren Angehörigen und . . . dies mit und seid zum letztenmal recht herzlich begrüßt und geküßt von

Eurem Vater.

Wieviel reiche Menschlichkeit geht doch mit so manchem Tapferen unter, gerade aus unseren Reihen!

Schwindelgründungen eines Zuchthäusers. In Schweinfurt (Bayern) ist der Fabrikant W. M. Rehm spurlos verschwunden, nachdem er eine Reihe von Geschäftsleuten schwer geschädigt hat. Im verflochtenen Jahre gründete er die „Deutsche Meerrettich-Industrie und Konservenfabrik Schweinfurt“, die mit großen Konservenfabriken Deutschlands in Verbindung stehen sollte. Es war eine Schwindelgründung. Dem Gauner gelang es, eine Reihe von Schweinfurter Geschäftsleuten als Gesellschafter zu gewinnen. Jetzt stellte sich heraus, daß der Mann, der sich mit einer Oberleutnantstochter in München verlobt und auch diese Familie um große Geldbeträge gebracht hatte, ein früherer Zuchthäuser war.

Sechs Schulmädchen beim Baden ertrunken. Im Oiseebade Rantau (Saxland) ertranken am Montag beim Baden sechs Schulmädchen, die der Königsberger Ferienkolonie angehörten.

Kohlenfuchende Mädchen verunglückt. Als in einem Steinbruch in der Gemeinde Schüren (Rheinland) Mädchen mit Kohlenfuchung beschäftigt waren, lösten sich große Steinmassen ab, durch die zwei Mädchen getötet und zwei schwer verletzt wurden.

Großfeuer bei Hamburg. Montagabend brach in der Lederfabrik von Heinrich Westphal in Stellingen-Langensfelde bei Hamburg ein großer Fabrikbrand aus, dem trotz umfangreicher Rüstarbeiten die gesamten Fabrikgebäude zum Opfer fielen. Der Schaden beträgt ungefähr drei Millionen Mark. Es wird Brandstiftung vermutet.

Der große Wald- und Moorbrand bei Hoyerwerda ist nach mehrtägiger Dauer endlich zum Stillstand gekommen. Der durch den Brand verursachte Schaden ist sehr groß; der Klosterforst, der aus Nichten-, Eichen- und Birkenwald bestand, ist fast vollständig vernichtet worden. Der Hoyerwerdaer königliche Forst hat nur an einzelnen Stellen Schaden gelitten, dagegen sind die bäuerlichen Waldungen teilweise arg mitgenommen worden. Durch Funkenflug war das Preßkahlenwerter zu Burfchwis bei Rejshwiz in Brand geraten. Sechs große gefüllte Lagerstuppen und der größte Teil des Werkes wurden in Asche gelegt.

Parteiveranstaltungen.

Bris-Budow. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Bessal, Rudamer Straße 66-67: Fortleitung der Generalversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Teitow. Die Mitgliederversammlung des Bahndereins findet heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Bonow statt.

Reinickendorf-West. Freitag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Hellmann, Schmarwedstr. 54: Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Otto Braun.

Potsdam. Sozialdemokratischer Bahndereins. Heute Mittwoch, abends Punkt 8 Uhr: Fortleitung der Mitgliederversammlung vom 14. Juli, im Lokal Kauler-Wilhelm-Straße 38. Referenten sind die Genossen: Reichstagsabgeordneter Fritz Kunter und Redakteur Paul Müller. Diskussion.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Mierchhof. Donnerstag, den 22. Juli, abends 6 1/2 Uhr, im Gemeindeamt, Bismarckstraße 1.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Zuchtschreiben und eine Zahl als Wechselzettel beizulegen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsqualifikation beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. N. 17. 1. Sie werden wieder aufgefordert. 2. Wegen Verantw. der Rolle oder dergleichen zurückgestellt. Voransichtlich nur landsturmfähig ohne Waffe. — **N. N. 1.** Wird gefragt, so wird auf Antrag für die Dauer des Kriegszustandes die Klage eingestellt, weil Ihr Mann im Felde ist. 2. Rein, Sie hätten nicht borgen dürfen. 3. Wenden Sie sich an den Magistrat. — **G. S. 50.** 1. Unterstützung kann Ihnen gewährt werden. 2. An den Magistrat in Lichtberg. 3. Die Unterstützung fällt nicht unter den Begriff der Armenunterstützung. 4. Der Antrag kann schriftlich oder mündlich gestellt werden. — **N. N. 30.** Chronische Krankheit der Mündlingsorgane; Landsturm ohne Waffe. — **N. N. 3.** Rein. — **Steglin 3.** Auf den Kauf des Offenbarungsbüchchens betreffend Ihrer Frau hat Ihre eventuelle Eingabe keinerlei Einfluss. An dem Termin muß die Frau angeben, was ihr Eigentum ist. Soweit Eigentum ist Ihre Ansicht, daß die von Ihnen angeführten Gegenstände zum Eigentum nicht gehören, richtig. — **N. N.** Ein solches Zeichen für einen Poh gibt es nicht. — **N. N. 20.** Sie können nur bei einem ordentlichen Gericht auf Rückgabe und Schadenersatz klagen. — **N. 100.** 1. Wenn keine entgegenstehende Vereinbarung vorhanden ist, ja. 2. Rein. — **1001.** Rein. — **C. S. 14.** 1. bis 3. Rein. — **N. N. 30.** Die Grenze des pflanzungsfreien Einkommens im Lohnbeschlagnahmengesetz ist für die Dauer des Krieges durch Bundesratsverordnung von 1500 M. auf 2000 M. erhöht. Es kann also der Betrag bis 2000 M. nicht gepfändet werden. Die bestehenden Ausnahmen für Altmittel und nicht länger als 3 Monate rückständige Steuern bleiben bestehen. Wege n dieser ist also nach wie vor Lohnbeschlagnahme nach Rückgabe des Lohnbeschlagnahmengesetzes zulässig.

spiel. Glücksspiele dürfe ein Wirt nicht dulden. Nun habe allerdings Kläger geltend gemacht, er kenne das Spiel Mausekeln nicht und habe nicht gewußt, daß in seinem Lokal ein Glücksspiel betrieben worden sei. Darauf sei zu erwidern, daß ein Wirt die Pflicht habe, sich um das zu kümmern, was in seinem Lokal vorgehe. Wenn Kläger dies unterließ, dann habe er eben seine Pflicht als Wirt verletzt.

Auf Schankwirt hat es ein Kriegsschwindler abgesehen, der in der feldgrauen Uniform eines Unteroffiziers vom 66. Infanterie-Regiment auftritt. Der Schwindler erzählt, daß er früher Kriminalbeamter gewesen sei und in dieser oder jener Schlacht einen Wundschuß erhalten habe. Dabei ist er sogar bereit, die angebliche Schußnarbe, die aber von irgend einer Operation herrührt, mißtrauischen Leuten zu zeigen. Seine augenblickliche Lage weiß er so ergreifend zu schildern, daß er in den meisten Fällen das erste Darlehen erhält. Der Schwindler ist etwa 40 Jahre alt und mittelgroß und hat dunkelblondes Haar und einen kleinen kurzgeschnittnen blonden Schnurrbart, er trägt eine Revolvertasche an seinem Leibriemen.

Geheimrat Schün verunglückt. Von einem Kraftwagen angefahren wurde Montagabend um 7 1/2 Uhr der Geheimre Regierungsrat Prof. Dr. Schün, der Direktor des Pathologischen Instituts der Tierärztlichen Hochschule in der Luisenstraße. Als er die Anstalt verließ und über den Strahendam nach dem andern Bürgersteig hinübergehen wollte, rannte ihn ein Kraftwagen an und warf ihn zu Boden. Der Verunglückte erlitt einen Fußbruch und wurde nach der chirurgischen Station der Hochschule gegenüberliegenden Charité gebracht.

Die hilfsbereite Feuerwehr. Am Montag rief man die Feuerwehr nach dem Hause Brangelstr. 91, wo sich an der Dachrinne ein Schwälchen festgeklemmt hatte und nicht wieder loskommen konnte. Die Wehr befreite das völlig erschöpfte Tierchen.

Ein tödlicher Straßenunfall hat sich am Montagabend gegen 1/9 Uhr auf der über das Tempelhofer Feld führenden Vertmer Straße ereignet. Dort versuchte eine Frau Klingner unmittelbar vor einem in der Richtung nach Mariendorf fahrenden Straßenbahnwagen das Gleis zu überschreiten. Der Fahrer vermochte den Wagen auf so kurze Entfernung nicht zum Stehen zu bringen, so daß Frau K. umgestoßen wurde. Sie erlitt bei dem Sturz einen Schädelbruch, an dessen Folgen sie in der Nacht im Krüger Kreisfrankenhaus starb.

Umfangreiche Streifen wurden in der Nacht zum Dienstag von mehreren Polizeirevierern veranstaltet, insbesondere im Tiergarten, am Humboldthafen usw. Ueber 300 Personen wurden an verschiedenen Stellen angetroffen und nach den Reviervachen gebracht. Viele erwiefen sich als harmlose Leute, die vorübergehend keine Wohnung haben und konnten wieder entlassen werden. Eine ganze Anzahl der Angehaltenen aber wurden in Haft genommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht, weil sie aus diesem oder jenem Grunde schon gesucht wurden.

Friedhofsfrevel. Auf dem Spandauer Gemeindefriedhof an der Pionierstraße wurden, wie der „Spandauer Anzeiger“ berichtet, an einer großen Menge guß- und schmiedeeiserner Grabgitter die aus Messing oder Bronze gefertigten Klinsen der Türren von unbekannter Hand abgehraubt und gestohlen; die Zahl der auf diese Art beschädigten Grabinschriften wird auf mehr als 200 angegeben. In Mitleidenschaft gezogen sind fast sämtliche Grabstellen an der westlichen Seite, die nach der Pionierstraße liegt. An dem Raube sind vermutlich mehrere Personen beteiligt gewesen, denn ein Mann hätte die vielen einzelnen Fälle des Diebstahls in einer Nacht oder in den frühen Morgenstunden nicht ausführen können. Auch die Fortschaffung der Beute hätte ihm Schwierigkeiten bereitet, oder ein einzelner Täter würde beim Tragen der Last in so einsamer Gegend doch wohl diesem oder jenem aufgefallen sein. Man nimmt an, daß die Beute nach Berlin gebracht worden ist.

Das Verschwinden zweier Knaben, die seit Sonnabend früh von ihrem Elternhaus vermißt werden, sucht die Kriminalpolizei in Nowawes aufzuklären. Der 12jährige Kurt Arendt und der 10 Jahre alte Hermann Arendt, beide in Nowawes wohnhaft, waren seit einigen Tagen in der Nähe bei Wildpark beim Kirchenschützen beschäftigt, von wo sie jeden Abend heimkehrten. Die beiden Knaben blieben jedoch am Sonnabend aus. Sie trugen zuletzt grüne Dressanzüge, Vargenhandschuhe mit dem Monogramm „A. A.“, Schürstiefel und Strohhüte. Zweckdienliche Mitteilungen über den Verbleib der beiden Knaben werden im Rathaus zu Nowawes, Zimmer 2, entgegengenommen.

Kleine Nachrichten. Aus dem Landwehrkanal wurde gestern vor dem Hause Planufer 92 die Leiche eines neugeborenen Knaben gelandet. Sie wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht. — Auf einem Ausgang plötzlich gestorben ist der 74 Jahre alte Rentenempfänger Hermann Feilerich aus der Schulstr. 44. Der alte Mann brach vor dem Hause Exerzierstr. 14 auf dem Bürgersteig plötzlich zusammen. Auf der Rettungswache konnte nur noch sein Tod festgestellt werden. Wahrscheinlich ist Fr. einem Herzschlag erlegen. — Bei der Arbeit vom Tode überrascht wurde die 51 Jahre alte Auguste Kuchbahn, die mit ihrer greisen Mutter zusammen auf einem städtischen Grundstück in der Paul-Gesje-Straße Kartoffeln auslas. Sie starb wahrscheinlich an Herzlähmung.

Aus den Gemeinden.

Fürsorge für Kriegervitwen und Kriegertöchter in Charlottenburg.

Das Nachrichtenamt des Magistrats von Charlottenburg teilt mit: Die Fürsorge für die Witwen und Waisen gefallener oder verstorbener Kriegsteilnehmer, eine der wichtigsten Aufgaben des Kriegswohlfahrtswesens, ist für Charlottenburg geregelt. Sie bezweckt in Anlehnung an die Grundzüge der Rationalistischer für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen nicht nur die Hinterbliebenen in der Verfolgung ihrer Versorgungspflichten zu unterstützen, sondern vor allem durch Beratung und Belehrung den Witwen bei der Schaffung und Gewinnung neuer Erwerbsoptionen zu helfen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß den Waisen alle erforderlichen Bildungsmöglichkeiten zugänglich gemacht werden, um sie möglichst für eine Lebensstellung vorzubereiten, die dem des verlorenen Ernährers nicht nachsteht. Diese verteilte soziale Fürsorge und alle auf sie aufgebaute pfliegerische Arbeit kann zweckmäßig nur von einer Stelle aus geleistet werden, die diese Aufgabe zum besonderen Tätigkeitsfeld macht und alle Erfahrungen und Kenntnisse der im Frieden geübten Wohlfahrtsarbeit besitzt. Diese Stelle ist in Charlottenburg die Vereinigung der Wohltätigkeitsbestrebungen, die eine Zentralisation der Charlottenburger Wohltätigkeitsorganisationen darstellt. Neben dieser Stelle sind vorübergehend für die umschriebene Arbeit die 10 Kriegsunterstützungskommissionen berufen und zwar so lange, als sie die durch das Reichsgesetz vom 28. 2. 1888/4. 8. 1914 ihnen übertragenen Pflichten ausüben. In dieser Zeit tritt die Fürsorgestelle nur auf Eruchen einer Unterstüzungskommission in Tätigkeit. In allen anderen Fällen ist für die Fürsorge ausschließlich und allein die Fürsorgestelle zuständig. Die Vereinigung für Wohltätigkeitsbestrebungen hat mit Unterstützung des Magistrats der Stadt Charlottenburg bei der Rationalistischer beantragt, dieser Fürsorgestelle auch die Aufgaben des Ortsausschusses dieser Stiftung zu übertragen. Wird diesem Antrag entsprochen, dann ist eine straffe Organisation geschaffen, die die erforderliche Ueberblick über alle Vorgänge der privaten und behördlichen Fürsorge besitzt und mit dem nötigen Nachdruck und der erforderlichen Beweglichkeit der gestellten Aufgabe gerecht werden kann.

Verantw. Redakt.: Alfred Dielepp, Reutolin. Inzeratenteil verantw. Inzeratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß am Sonnabend, den 17. Juli, nach schweren Leiden durch Verbrennen mein lieber Mann, unser guter Vater, der Einrichter

Wilhelm Haspel
Christianiastr. 125, verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes, See-, Uferstraße, aus statt.

Dies zeigen tiefbetrubt an
Marie Haspel geb. Kossow
nebst Kindern.

Bandwurm

mit Kopf beseitigt 12, zahlreichen dankbaren Anerkennungen auf unschädliche natürliche Weise

Seibels' Bandwurmmittel

Einfachste Anwendung! F. Erwachsene 2,-, Kinder (Altersang.) 1.25

Allein echt m. Marke „Medica“ u. Namen Otto Seibel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4

Wo in Drogenreien nicht erhältlich, direkt Zus.

Bereits tausende befreit!

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, schnell. Zustat nach 25 Mark an Moritz Laband, Neue Promenade 8, U. (Stadth. Bors.)